

metall

Dein Magazin

Jahrgang 75 | Januar/Februar 2023 | D 4713 | igmetall.de/metall



Solidarität hat gewonnen 900.000 Metallerinnen und Metaller erkämpfen deutlich mehr Geld



Foto Cover: Thonmas Range

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Dezember 2022

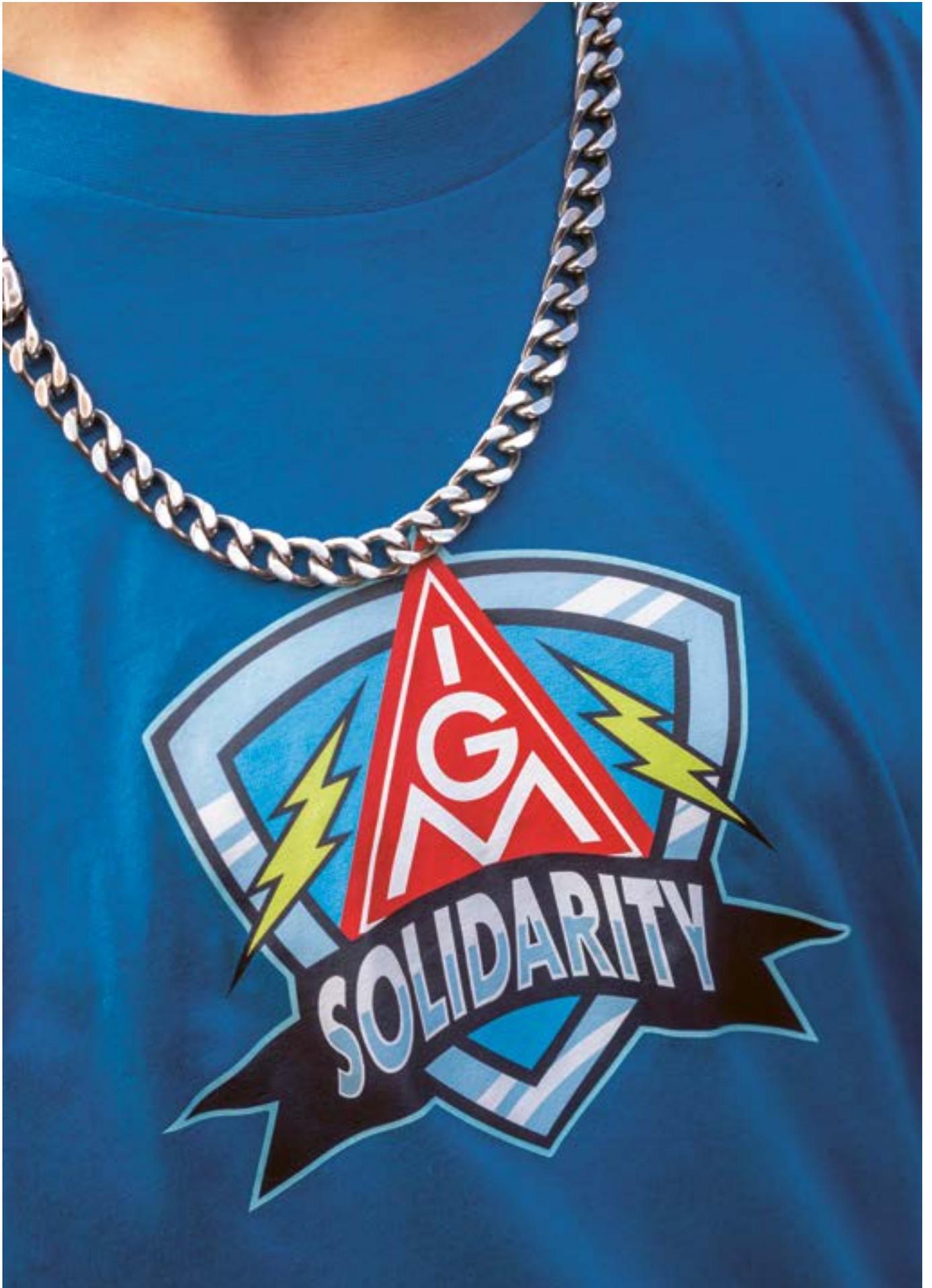


Foto: Christian Werner

Editorial

907 368 – Solidarität hat gewonnen!



Foto: IG Metall

Mehr als 900 000 Metallerrinnen und Metaller haben vor den Werkstoren und auf den Straßen überall im Land für mehr Geld gekämpft. Für Euren erfolgreichen Einsatz bedanke ich mich sehr. Erst Eure Warnstreiks haben dieses starke Ergebnis möglich gemacht!

Die Beschäftigten haben deutlich mehr Geld in der Tasche – und zwar dauerhaft. Inflationsausgleichsprämie und prozentuale Erhöhung stabilisieren die Einkommen nachhaltig, stärken die Kaufkraft und entlasten die Beschäftigten angesichts der gestiegenen Preise.

Parallel zur Tarifrunde übte die IG Metall erfolgreich Druck auf die Politik aus, damit die Bundesregierung spürbare Entlastungen für die Menschen auf den Weg bringt. Hunderttausende Metallerrinnen und Metaller setzten sich unter anderem für eine wirksame Gas- und Strompreisbremse ein. Auf Druck der IG Metall kommen Gas- und Strompreisbremse sowie der Energiebonus auch für Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Erwerbslose.

Der schreckliche Krieg in der Ukraine und seine Folgen zwingen Deutschland zu einer noch schnelleren Transformation in Richtung nachhaltiger Energie sowie in den Bereichen Mobilität und Industrie. Die Herausforderung, diese Transformation so zu gestalten, dass sie sichere und gute Perspektiven für alle Beschäftigten und für alle Regionen bietet, wird unser politisches Handeln 2023 bestimmen.

Dafür werden wir gemeinsam kämpfen im neuen Jahr, für das ich Euch Gesundheit, Erfolg und Zuversicht wünsche.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. K.', written in a cursive style.

Leserinnen und Leser meinen



Krieg zurück in Europa

METALL 9/10 2022

»Antikriegstag mahnt zum Frieden«

In der metall-Ausgabe September/Okttober 2022 schreibt Ihr: »Doch mit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist der Krieg zurück in Europa.« Ich frage mich: War die Bombardierung Serbiens durch die Nato 1999 für die metall gar kein Krieg in Europa, sondern nur eine »militärische Spezialoperation«?

Karl-Heinz Fortenbacher, Augsburg

Unter großen Opfern

METALL 9/10 2022

»Zur Sonne, zur Freiheit«

Dem jungen Mann sei sein Wohlergehen in Deutschland gegönnt. Aber wer sollte denn die Terroristen des Islamischen Staates bekämpfen, wenn nicht die Soldaten der syrischen Armee? Unter großen Opfern hat die syrische Armee es geschafft, die Terroristen zurückzudrängen, sonst wäre Syrien heute ein Kalifat.

Günter Busse, Hamburg

Jugend fördern

METALL 9/10 2022

»Welcher Beruf darfs denn sein?«

Ich hätte einen Vorschlag zu machen: Warum ist eigentlich der Staat allein für Schule und Ausbildung zuständig?

Wenn unsere Wirtschaft hoch qualifizierte Leute haben möchte, dann sollten sie diese als ihren Nachwuchs bereits aus der Schule heraus unterstützen und fördern. Dann bekämen die Betriebe und Ausbildungsstätten intelligente, qualifizierte junge Leute, die sie gezielt nach ihrem Berufsbild aufbauen könnten. Und für unsere Jungen und Mädchen könnte das ein großer Motivationsschub sein.

Marianne Böhm, Augsburg

Es wäre mehr drin gewesen – ohne Gewerkschaft aber gar nichts

ZUM PILOTABSCHLUSS IN DER TARIFRUNDE DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Wir haben spannende Wochen in der Tariffbewegung hinter uns. Unsere Forderung »Wer die Preise kennt, braucht 8 Prozent!« beruhte auf unserer demokratischen und solidarischen Haltung. Und die 8 Prozent bundesweit für 12 Monate sind mehr als gerechtfertigt. Dies haben wir, bevor es mit der »Unfriedenszeit« losging, klar kommuniziert und mit Fakten belegt. Wir haben Aktionen gestartet, Kollegen, Mitglieder mitgerissen. Nach einem so starken Auftreten in der Warnstreikphase und nach so einem großen Engagement wäre alles drin gewesen aus meiner Sicht der Dinge.

Wir waren bereit für 24-Stunden-Streiks und mehr! Daher schreibe ich diesen Leserbrief auch, um meinen Mitstreitern den Rücken zu stärken und zu sagen: Ja, es wäre

mehr drin gewesen! Am Freitag nach der Verkündung des Ergebnisses herrschte bei uns Katerstimmung. Jedoch: Ohne Gewerkschaft wäre gar nichts drin gewesen! Wir müssen in Zukunft einfach besser werden! Denn ich bin Gewerkschaftsmitglied in erster Linie deswegen, damit gute Tarifabschlüsse zustande kommen. Dafür bin ich auch bereit zu streiken. Lasst uns also keine Angst davor haben zu kämpfen.

Solidarität gewinnt!

Hubert Hatwig, Vertrauenskörper im Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim

Noch unter Twitter-Niveau

METALL 9/10 2022

»Was ein Gasstopp für die Industrie bedeutet«

Mahlzeit! Auf Seite 28 der metall wird in der Bildunterzeile behauptet, der russische Präsident Wladimir Putin nutze »die Rohstoffe seines Landes schon lange als politische Waffe«. Dann kommt jedoch nichts, was die Aussage belegt. Also noch unter Twitter-Niveau! Richtig ist: Die BRD nutzte über Jahrzehnte das billige Gas, um den Weltmarkt, der teurer einkaufte, mit Dumpingpreisen zu beherrschen.

Michael Voge, Oberhausen



Thema Ukraine-Hilfe fast verschwunden

METALL 5/6 2022

»Solidarität mit der Ukraine: Gemeinsam helfen in der Not«

Im ersten Quartal des Jahres war im Magazin metall ein sehr guter und auch ausführlicher Bericht über die Ukraine-Hilfe der IG Metall zu lesen. Danach ist das Thema fast verschwunden. Schade! Wäre es nicht möglich, den Faden noch einmal aufzunehmen oder zumindest über die Fortführung der Projekte zu berichten?

H.J. Schmidt, IG Metall Henningsdorf



Pyrotechnik aufgewertet

METALL 11/12 2022

»Auf in die Warnstreiks«

Über den Einsatz von Pyrotechnik kann man geteilter Meinung sein. Mich nerven diese Wolken in den Stadien inzwischen sehr; wozu sie bei Veranstaltungen der IG Metall notwendig sind, erschließt sich mir nicht. In dieser metall-Ausgabe sind zwei Bilder mit gezündeter Pyrotechnik zu sehen. Für mich ist das eine klare Aufwertung von Pyrotechnik, selbst auf engstem Raum wird sie verwendet. Warum kann man mit den Fotos nicht warten, bis sich der Rauch verzogen hat?

Henning Künne, per E-Mail

Einfach vergessen

METALL 11/12 2022

»Ein Jahr Ampel: eine Bilanz«

Ich bin Rentner und heize mit Öl. Ich bin einer von vielen, die einfach vergessen werden. Mit dem ersten Entlastungspaket sollte die Mitte der Gesellschaft entlastet werden. Rentner wurden vergessen und bekommen die Energiepreispauschale erst auf Druck im Dezember. Abgeordnete, Geschäftsführer, gutverdienende Menschen erhielten sie sofort. Wo steht der Rentner nach 48 Jahren Arbeit – davon 35 Jahre im Schichtdienst – in dieser Gesellschaft? Jetzt kommt das nächste Entlastungspaket und wieder werden Rentner mit Öl- oder Pelletheizung vergessen. Die Menschen, die Unterstützung am nötigsten haben. Von der Gaspreisdeckelung profitieren alle Gaskunden, auch die mit üppigem Bankkonto (Millionäre). Warum wird für Gaskunden nicht auch ein Härtefallfonds gegründet, der Bedürftige unterstützt? Das liegt daran, dass die Mitglieder der Gaskommission und viele Abgeordnete auch Gaskunden sind. Mir muss in diesem Land keiner was von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit erzählen. Reiche immer reicher machen, ist das Motto. Wann rufen Gewerkschaften endlich ihre Mitglieder zum Widerstand auf?

Uwe Stähler, per E-Mail

(Zu Redaktionsschluss hat sich die Ampelkoalition doch noch darauf verständigt, dass auch Privathaushalte unterstützt werden sollen, die mit Öl, Holzpellets oder Flüssiggas heizen.)

Udo Bangert produziert zwei Gigawattstunden im Jahr

METALL 11/12 2022

»Der Metaller, der 50 Kraftwerke gebaut hat««

Wir haben geschrieben: »Zwei Gigawatt Strom im Jahr produziert Mercedes-Betriebsrat Udo Bangert mit seinen 50 Kleinkraftwerken aus Solar-, Wind- und Wasserkraft. Das reicht für 500 Haushalte.« Dass diese Mengenangabe nicht stimmen kann, ist mehreren Metallerinnen und Metallern aufgefallen. Korrekt muss es heißen: »zwei Gigawattstunden im Jahr«. Ein Gigawatt ist eine Milliarde Watt. Watt ist die Einheit für Leistung. Ein Watt Leistung ist nötig, um bei einer elektrischen Spannung von

einem Volt an einem rein ohmschen Widerstand einen elektrischen Strom von einem Ampere fließen zu lassen. Oder um einen Gegenstand mit einem Newton Gewichtskraft (rund 100 Gramm, etwa eine Tafel Schokolade) innerhalb von einer Sekunde um einen Meter anzuheben. Eine Wattstunde (Wh) ist die Energie, die aufzubringen ist, um eine Stunde lang ein Watt Leistung zu bringen. Bangerts Jahresproduktion von zwei Gigawattstunden (GWh) entspricht folglich grob der Energie, um zwei Stunden lang jede Sekunde eine Milliarde Schokotafeln einen Meter hochzuheben, auf eine finale Höhe von 7200 Meter. Auch kauft Bangert nicht zwölf Bäume pro Jahr, sondern pro Monat.

Eure metall-Redaktion

metall bittet um Entschuldigung!

METALL 11/12 2022

Sudoku: zu knapper Einsendeschluss

Für das Sudoku-Rätsel in der Ausgabe November/Dezember der metall haben wir Euch leider einen viel zu knapp terminierten Einsendeschluss (10. November) für das Lösungswort vorgegeben. Es hätte natürlich »10. Dezember« heißen müssen. Aufgrund unseres Fehlers konnten wir daher nur die Einsendungen berücksichtigen, die uns bis zum 10. November per Post oder E-Mail erreicht haben. Wir bitten alle Rätselfreundinnen und -freunde um Entschuldigung!

Eure metall-Redaktion

Branchen & Betriebe

Weichenstellung in der Bahnbranche

VERKEHRSWENDE

Ohne einen schnellen Ausbau der Bahn wird Deutschland seine Klimaziele nicht erreichen. Das hat auch die Bundesregierung verstanden. Sie will die Schiene stärken. Mit Investitionszusagen ist es nicht getan. Notwendig sind Tempo bei der Umsetzung und Fachkräfte.

Von Jan Chaberny



Volle Werkshallen: Die Bahnbranche befindet sich auf einem breiten Wachstumspfad: Viele Hersteller sitzen auf vollen Auftragsbüchern, manche Unternehmen kommen mit der Produktion, unter anderem von Loks, kaum hinterher. Elementar ist daher, bereits fahrende Züge gut zu warten, gut instand zu halten. Das geschieht auch hier, in der DB-Fahrzeuginstandhaltung in Cottbus.

Foto: Deutsche Bahn AG/Max Lautenschläger

Norbert Moy arbeitet seit 30 Jahren in der Bahnbranche, aber er kann sich nicht daran erinnern, dass sie jemals so viele Lokomotiven gebaut haben wie jetzt. »Wir erhöhen gerade den Fertigungstakt auf eine Lok pro Tag«, sagt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. »Viel mehr können wir hier am Standort kaum bauen.«

Hier, das ist Siemens Mobility in Allach bei München. Rund 1000 Stammbeschäftigte arbeiten am Standort, hinzu kommen noch Zeitarbeiter. In Allach bauen sie vor allem elektrische Hochleistungslokomotiven und »Dual Mode«-Lokomotiven: Diese sind mit einem leistungsstarken, schadstoffarmen Dieselmotor ausgestattet, beziehen auf elektrifizierten Bahnstrecken aber ihre Antriebsenergie aus der Oberleitung. »Von diesen Modellen haben wir bereits 250 Stück verkauft. Wir kommen mit dem Produzieren kaum mehr hinterher.«

So geht es nicht nur den Beschäftigten bei Siemens Mobility. So geht es nahezu überall zu in der Branche, in der in Deutschland rund 54 000 Menschen arbeiten. Natürlich ist auch die Bahnbranche betroffen von den Folgen der weltweiten Krise: Inflation, hohe Energiepreise, schwaches Wirtschaftswachstum und gestörte Lieferketten wirken sich aus. Dennoch: Die Bahnindustrie befindet sich auf breitem Wachstumspfad. Studien erwarten bis 2026 ein jährliches globales Wachstum von rund 4,3 Prozent. Allein im Bereich Güterwagen und Elektrotriebwagen steckt ein enormes Wachstumspotenzial von 15 Milliarden Euro bis 2026. Bereits heute sitzen Hersteller auf vollen Auftragsbüchern, verzeichnen Rekordumsätze.

Wachstumsbeschleuniger dabei ist das europäische Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Das treibt die Nachfrage in quasi allen Marktsegmenten an, es sorgt für zusätzliche Investitionen in Schienen, Infrastruktur, Züge – auch und gerade in Deutschland. »Es hat sich viel verändert«, sagt Norbert Moy. »Auf die Bahn wird anders geblickt, auch von der Politik. Unsere Branche hat an Bedeutung gewonnen.« Tatsächlich legt die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die Schiene. Erstmals, so ist es im Koalitionsvertrag vereinbart, wird es mehr Investitionen in die Schiene geben als in die Straße. Angepeilt ist zudem eine umfassende Kapazitätserweiterung. Dazu zählt: Die Verdopplung der Verkehrsleistung im Personenverkehr. Der Ausbau des Anteils der Schiene im Güterverkehr von derzeit 18 auf dann 25 Prozent. Die Elektrifizierung von 75 Prozent des Schienennetzes bis 2030.

Alternative Antriebe konsequent einsetzen

»Wenn es um das Erreichen der Klimaziele geht, spielt der Schienenverkehr eine entscheidende Rolle«, sagt Jürgen Kerner, der als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall für die Bahnbranche zuständig ist. »Die Bahnindustrie ist nicht nur ein Schlüsselsektor für den Klimaschutz. Hier sind und entstehen Arbeitsplätze der Zukunft. Diese Chance müssen wir jetzt entschlossen ergreifen, um Deutschland als

Drehpunkt modernster Bahn- und Infrastrukturtechnologie zu etablieren. Wir erwarten von Unternehmen und Politik, aktiv zu werden, sich klar zum Produktionsstandort Deutschland zu bekennen und Maßnahmen zu ergreifen.«

Grundlegend dafür sind die Entwicklung und der breite Einsatz alternativer Antriebe – wie etwa die Wasserstofftechnik. Ein Großteil des Schienennetzes, rund 40 Prozent, ist bislang nicht elektrifiziert. Alternative Antriebe könnten schon bald Dieselfahrzeuge ersetzen, die heute noch auf den Strecken unterwegs sind. »Die Kolleginnen und Kollegen am Standort Krefeld haben eine Plattform für Triebzüge entwickelt, die je nach Einsatzgebiet ihre Antriebsenergie aus der Oberleitung, aus Batterien oder aus Brennstoffzellen beziehen«, sagt Norbert Moy. »Auf diesem Gebiet gibt es große Entwicklungen.«

Allerdings auch einen großen Konkurrenzkampf. Alstom hat bereits wasserstoffbetriebene Züge im Einsatz. Stadler hat angekündigt, 2024 mit einem Wasserstoffzug den Betrieb in Kalifornien aufzunehmen. Vor ein paar Monaten hat Siemens seinen neuen Wasserstoffzug vorgestellt. Der Mireo Plus H fährt mit bis zu 160 Kilometer pro Stunde, er hat eine Reichweite von rund 1000 Kilometern. »Wir sind auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel«, sagt Norbert Moy.

Das gilt für die gesamte Branche. Es betrifft vor allem die Bemühung, junge Menschen an sich zu binden: Fachkräfte, die die Stellwerke aufstellen, die dringend gebraucht werden, die Weichen instand setzen, Antriebe entwickeln, Schienen verlegen und Züge bauen. Kurz: die all die Arbeit leisten, ohne die es in Deutschland keinen Ausbau der Schiene geben wird.

Gute Chancen für junge Fachkräfte

Der Bedarf an jungen Leuten ist riesig, der derzeitige Mangel ist gewaltig. »Wir suchen de facto in allen Bereichen«, sagt Reiko Nonn, Betriebsrat des Bahntechnikbieters Thales am Standort Arnstadt in Thüringen, einem von insgesamt drei Bahntechnikstandorten des Konzerns in Deutschland.

Thales liefert über seinen globalen Konzernbereich Ground Transportation Systems (GTS) modernste Leit- und Sicherungstechnik für den weltweiten, schienengebundenen Personen- und Güterverkehr und dessen notwendige Digitalisierung. Für 2023 ist die vollständige Übernahme des Thales-Konzernbereichs GTS durch den japanischen Schienenfahrzeughersteller Hitachi Rail geplant. Das Arnstädter-Werk, in dem derzeit rund 600 Beschäftigte arbeiten, ist und bleibt weiterhin der zentrale Hardware-Fertigungsstandort in der Leit- und Sicherungstechnik. »Im Fokus stehen bei uns die Fertigung, Montage und Prüfung kompletter Systeme wie zum Beispiel elektronischer Stellwerke, aber auch die Montage von Komponenten für Relaisstellwerke. Für diese Arbeit suchen wir dringend weitere Kolleginnen und Kollegen.« Diese kommen nicht von selbst. Für sie, sagt Betriebsrat Nonn, müsse man als Arbeitgeber

attraktiv sein. »Für uns gilt der Flächentarifvertrag. Wir bieten jungen Menschen Sicherheit und Perspektive. Es herrschen hier sehr gute Voraussetzungen. Das ist wichtig.«

Gute Voraussetzungen zu haben ist das eine. Selbstbewusst zu kommunizieren das andere. »Wir müssen auf die jungen Leute zugehen«, sagt Norbert Moy. In Allach haben sie das gemacht, im vergangenen September, am »Tag der Schiene«. »Wir haben Schülerinnen und Schüler zu uns eingeladen, ihnen den Betrieb gezeigt. Ich habe viel von der Arbeit erzählt. Das hat gewirkt.«

Was er erzählt hat? Ach, das sei sehr leicht gewesen, sagt Norbert Moy. Er hat gesagt, dass die Beschäftigten der Bahnindustrie ein tolles, nachhaltiges Produkt besitzen. Dass die Unternehmen abwechslungsreiche Arbeitsplätze anbieten. Dass die Branche gute Zukunftsaussichten vorzuweisen hat. »Und dann habe ich noch gesagt: »Alle reden von Elektromobilität. Aber wisst ihr was? Wir als Bahn machen Elektromobilität schon seit 140 Jahren.««



»Es hat sich viel verändert. Auf die Bahn wird anders geblickt, auch von der Politik. Unsere Branche hat an Bedeutung gewonnen.«

Norbert Moy, Betriebsrat Siemens Mobility

Foto: privat



»Wir suchen in allen Bereichen. Wir bieten jungen Menschen Sicherheit und Perspektive.«

Reiko Nonn, Betriebsrat Thales

Foto: privat

Titel**Solidarität hat gewonnen**

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie 2022 war schwierig: Rekordinflation, Wirtschaftskrise, die Arbeitgeber wollten nichts geben. Doch über 900 000 Metallerinnen und Metaller machten Druck mit Warnstreiks. Es hat sich gelohnt: Der Tarifabschluss bringt deutlich mehr Geld.

Von Dirk Erb



Foto: Thomas Range

Zwei Monate lang mauerten die Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen. Sie wollten kein Angebot für eine Tarifierhöhung machen – und forderten zudem »Variabilisierungen« bei den Sonderzahlungen und der Arbeitszeit. Über 900 000 Metallerinnen und Metaller machten Druck mit Warnstreiks.

Am 18. November schaffte die IG Metall in Baden-Württemberg den Durchbruch. Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie bringt den Beschäftigten deutlich mehr Geld: 5,2 Prozent mehr Monatsentgelt ab Juni 2023, 3,3 Prozent mehr Monatsentgelt ab Mai 2024.

Dazu kommt eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie, die von den Arbeitgebern in zwei Teilen ausbezahlt wird: 1500 Euro netto bis Ende Februar 2023 (550 Euro für Auszubildende und dual Studierende). Die Hälfte – 750 Euro bei Vollzeitbeschäftigten – muss spätestens im Januar 2023 fließen.

Noch einmal 1500 Euro netto gibt es bis Ende Februar 2024 (550 Euro für Auszubildende und dual Studierende).

Teilzeitbeschäftigte erhalten die Prämie anteilig. Die Laufzeit der neuen Tarife endet am 30. September 2024. Dann sind wieder neue Tarifierhöhungen drin.

6800 Euro mehr für Facharbeiter 2023 und 2024

Das bringt der Tarifabschluss: Über die Laufzeit bis zum 30. September 2024 hat eine ausgelernte alleinstehende Facharbeitskraft rund 6800 Euro mehr. 2023 beträgt das Plus rund 2700 Euro (Grafik Seite 11, links unten), 2024 sogar rund 4150 Euro. Für Familien ist noch mehr drin – in unserem Beispiel in Summe 8200 Euro über die gesamte Laufzeit der neuen Tarife.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld bleiben

Die von den Arbeitgebern geforderte »Variabilisierung« und »Differenzierung« ist weitgehend vom Tisch. Urlaubs- und Weihnachtsgeld bleiben unverändert. Einzige Änderung: Das Transformationsgeld (T-Geld oder Trafobaustein) wird nicht wie geplant im Februar auf 27,6 Prozent eines Monatsentgelts erhöht, sondern bleibt bei 18,4 Prozent.

Dafür erhöht sich der Zusatzbetrag des tariflichen Zusatzgelds (T-ZUB, T-ZUG B) von bisher 12,3 auf 18,5 Prozent des Eckentgelts – je nach Tarifgebiet zwischen 560 und 630 Euro. Bei schlechter Wirtschaftslage kann der Arbeitgeber die Zahlung (regulär im Juli) verschieben – und dann bei einer Nettoendite unter 2,3 Prozent ganz ausfallen lassen. Er muss dies jedoch der IG Metall nachweisen.

Das tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG A) von 27,5 Prozent mit der T-ZUG-Option auf zusätzliche 8 freie Tage bleibt jedoch unverändert.

Tarifabschluss plus Entlastung aus Berlin

Ja, der Metall-Tarifabschluss gleicht nicht die aktuelle kriegsbedingte Rekordinflation aus. Das hätte unsere Tarifverhandlungen überfordert. Denn viele Betriebe können sich tatsächlich nicht mehr leisten, da sie Kostensteigerungen bei Energie und Rohstoffen nicht weiterreichen können. Ein Drittel macht kaum Gewinn. Daher hat die IG Metall schon im Frühjahr zusätzliche Entlastungen aus Berlin gefordert. Das Gesamtpaket federt die Inflation nun ab und sichert Reallöhne und Kaufkraft.

»Das Tarifergebnis ist ein guter Kompromiss und tut an manchen Stellen weh«, meint Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Metall in Baden-Württemberg. »Dennoch ist die Resonanz aus den Betrieben positiv.«

Zwar gibt es auch Kritik am Tarifabschluss – etwa an der Laufzeit und an der niedrigeren Inflationsausgleichsprämie für Auszubildende und Teilzeitbeschäftigte. Doch gerade Beschäftigte und Betriebsräte aus kleineren und mittleren Unternehmen sind erleichtert und sagen: Im Gesamtpaket ist das ein guter Tarifabschluss in schweren Zeiten.

Details zum Tarifabschluss findet Ihr hier: igmetall.de/metall-tarifrunde

Das gibt es mehr 2023: Zwei Beispiele



Der Tarifabschluss 2022

... und was es sonst noch an Geld übers Jahr in der Metall- und Elektroindustrie gibt



2024

JANUAR

FEBRUAR

1500 €

550 €

Azubis und
dual Studierende

T-Geld/Trafobaustein

18,4%

des individuellen Monatsentgelts

MÄRZ

APRIL

MAI

+3,3%

JUNI

Urlaubsgeld **50%**

pro Urlaubstag

~ 70 % des Monatsentgelts
je nach Tarifgebiet, bei 30 Urlaubstagen im Jahr

JULI

T-ZUG A **27,5%**

des individuellen Monatsentgelts

T-ZUB/T-ZUG B **18,5%**

des Eckentgelts des jeweiligen Tarifgebiets
560 – 630 €

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

Weihnachtsgeld

55%*

DEZEMBER

* Nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt,
max. Weihnachtsgeld nach 36 Monaten:
neue Bundesländer: 50 %
alte Bundesländer: 55 %

So werden wir 2023 entlastet

INFLATION

Die Bundesregierung deckelt Strom- und Gaspreise und hat viele weitere Entlastungen beschlossen – auch auf Druck der Gewerkschaften. Zwei Beispiele zeigen, was das konkret in Euro bedeutet.

Von Simon Che Berberich

Kaum ein Haushalt bleibt zurzeit davon verschont: hohe Strom-, Gas- oder Fernwärmerechnungen. Dazu kommen die deutlich gestiegenen Preise für Lebensmittel. Entlastung muss her. Das ist seit vielen Monaten klar.

Klar ist aber auch: Die Inflation ist so extrem, dass Tarifverhandlungen allein sie nicht abfedern können. Die Politik muss ihren Teil beitragen: Sie muss die Inflation an der Wurzel packen, die horrenden Energiepreise ausbremsen.

Schon im vergangenen April hat die IG Metall dafür Druck gemacht, mit über 10 000 Betriebsräten und Vertrauensleuten aus 4000 Betrieben. Über den Sommer hinweg beteiligten sich rund 200 000 Menschen an unserer Unterschriftenkampagne »Krisengewinne abschöpfen – Kosten deckeln!«.

Diese Kampagne war letztlich erfolgreich. Die zentralen Forderungen der IG Metall werden erfüllt. Im Dezember hat der Staat bereits die Abschlagszahlung von Gas- und Fernwärmekunden übernommen. Im September gab es die 300 Euro Energiepauschale für Beschäftigte, im Dezember die für Rentnerinnen und Rentner. Ab Januar greift jetzt die Strom- und Gaspreisbremse. Laut Gesetzentwurf zahlen Privathaushalte dann für 80 Prozent ihres Gasverbrauchs noch 12 Cent pro Kilowattstunde, für Fernwärme 9,5 Cent. Für 80 Prozent ihres Stromverbrauchs werden maximal 40 Cent pro Kilowattstunde fällig (die Gesetzgebung war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen).

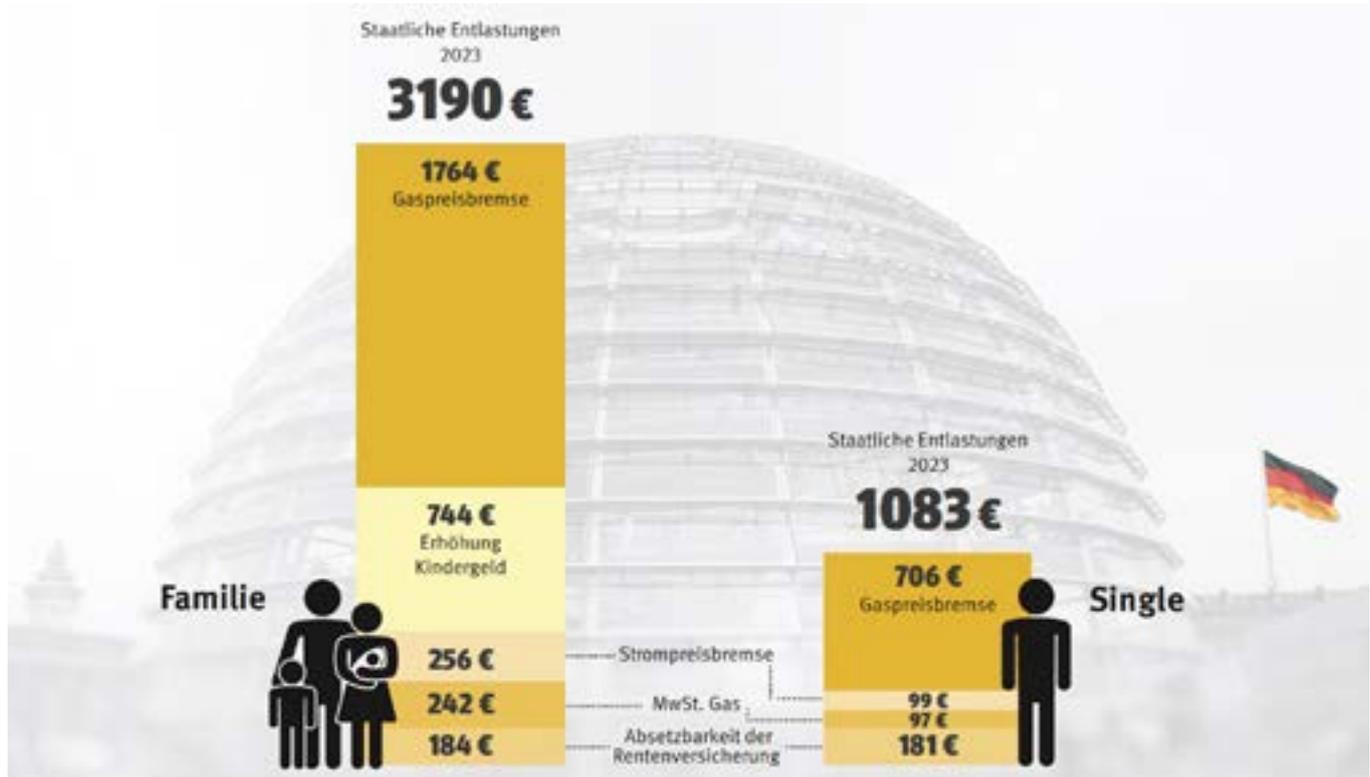
Die Umsetzung der Preisbremsen ist kompliziert. Die Energieversorger müssen Millionen von Abrechnungen umstellen. Die Preisbremsen gelten deshalb erst zum März 2023 – aber eben rückwirkend zum 1. Januar. Dazu kommen zahlreiche weitere Entlastungen: niedrigere Einkommensteuer, höheres Kindergeld, volle steuerliche Absetzbarkeit von Rentenbeiträgen und vieles mehr.

Zusammen mit den Tarifabschlüssen in der Metall- und Elektroindustrie und weiteren Branchen bedeuten diese Entlastungen ein deutliches Plus für die Haushaltskasse von Millionen Beschäftigten. Das gilt umso mehr, wenn die Inflation, wie von vielen Ökonomen erwartet, 2023 sinken sollte.

Wir haben ausgerechnet, was die beschlossenen Entlastungen Normalverdienern im Jahr 2023 bringen.

Diese Entlastungen kommen 2023:

Zwei Beispiele zeigen, wie die Entlastungen der Bundesregierung im neuen Jahr wirken. Die wichtigsten – Gas- und Strompreisbremse – kommen auch Studierenden sowie Rentnerinnen und Rentnern zugute.



So haben wir gerechnet: Die Grafiken zeigen beispielhaft, wie sich die Entlastungen der Bundesregierung auf Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Energieverbrauch auswirken. Für eine bessere Vergleichbarkeit haben wir nicht alle Entlastungsmaßnahmen berücksichtigt, sondern nur die wichtigsten (Preisbremsen für Strom und Gas, Mehrwertsteuersenkung auf Gas, volle Absetzbarkeit der Rentenversicherungsbeiträge, Kindergelderhöhung). Der neue Einkommensteuertarif ist hier nicht enthalten: Er ist in die Berechnung der Tarifierhöhungen eingeflossen. Es wurden dieselben Entgelte wie bei den Beispielrechnungen auf den vorherigen Seiten angenommen.

Foto: iStock/alexl

Tarif

Neuer Haustarif für Volkswagen

TARIFABSCHLUSS VW

Volkswagen orientiert sich am Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie und weitet die Wahloption für mehr freie Tage aus. Auch die Tochterunternehmen ziehen nach.

Von Jacqueline Sternheimer



Galaktische Solidarität: Über 4000 Beschäftigte von Volkswagen haben zur zweiten Verhandlung in Wolfsburg ein deutliches Zeichen an die Arbeitgeber gesetzt.

Foto: Marcus Biewener

Erst 5,2 Prozent, nächstes Jahr dann noch einmal 3,3 Prozent mehr: Die Beschäftigten von Volkswagen bekommen dauerhaft mehr Geld. Und die erste Erhöhung kommt zum 1. Juni 2023, die zweite folgt zum 1. Mai 2024.

Die VW-Beschäftigten erhalten zudem eine Inflationsausgleichsprämie: Jetzt im Februar 2000 Euro, steuer- und abgabenfrei, im Januar 2024 dann noch einmal 1000 Euro. Für Auszubildende und dual Studierende gibt es 1000 und 500 Euro.

Die Option, zwischen einer tariflichen Zusatzvergütung (T-ZUV) oder bis zu sechs freien Tagen zu wählen, wurde auf alle ausgelernten Beschäftigten ausgeweitet. »Mehr als 4000 Beschäftigte haben bei der zweiten Verhandlung den Druck erhöht«, meint IG Metall-Verhandlungsführer Thorsten Gröger. Das habe zum Einlenken der Arbeitgeber geführt. Auch bei den VW-Tochterunternehmen hat die IG Metall einen Abschluss

erzielt. 1600 Beschäftigte der Autostadt und der Wolfsburg AG sowie 9000 Beschäftigte der VW Group Services und der Autovision erhalten die gleichen Erhöhungen und Inflationsausgleichsprämien wie im VW-Mutterkonzern.

Ein Extraplus gibt es für 1400 Beschäftigte bei den Logistikdienstleistern: Sie erhalten zusätzlich vorab eine Erhöhung um 1 Euro in der Stunde. Dadurch steigen ihre Entgelte um insgesamt fast 16 Prozent. Für die Beschäftigten im Gastronomie- und Eventbereich gibt es sogar vorab 1,99 Euro pro Stunde zusätzlich. Die Wahloption auf Geld oder bis zu sechs freie Tage wird auch für alle Servicebeschäftigten geöffnet.

Tarifverhandlungen für Leihbeschäftigte, Teil 2

Tarifrunde Leiharbeit

NACH TARIFERHÖHUNGEN VON BIS ZU 14 PROZENT FÜR LEIHbeschÄFTIGTE

der Entgeltgruppen 1 bis 2b folgen jetzt Verhandlungen für die oberen Entgeltgruppen. Leihbeschäftigte machen mit einem Aktionstag Druck.

Von Dirk Erb

Bis zu 14 Prozent mehr Geld für Leihbeschäftigte. Diesen Tarifabschluss haben die DGB-Gewerkschaften für die unteren Entgeltgruppen 1 bis 2b zum 1. Oktober durchgesetzt. Über 70 Prozent der bundesweit rund 800 000 Leihbeschäftigten haben davon profitiert. Die Lohnuntergrenze in der Leiharbeit liegt nun deutlich über dem neuen gesetzlichen Mindestlohn: 12,43 Euro in der Stunde in Entgeltgruppe 1 der Tarifverträge der DGB-Tarifgemeinschaft mit den Leiharbeitgeberverbänden BAP und IGZ.

Jetzt folgt Teil 2 der Tarifrunde in der Leiharbeit für die oberen Entgeltgruppen 3 bis 9. Die Tarifverhandlungen waren bei Redaktionsschluss dieser metall-Ausgabe noch nicht abgeschlossen.

Zur Verhandlung am 14. Dezember machten die DGB-Gewerkschaften mit einem Aktionstag Druck. Hunderte Leihbeschäftigte demonstrierten in Berlin, darunter viele Metallerinnen und Metaller. Die IG Metall rief Leihbeschäftigte zudem zu Aktionen vor Ort auf, unter anderem in Duisburg, Landau und Darmstadt.

Aktuelle Berichte zur Tarifrunde Leiharbeit: [igmetall.de/leiharbeit](https://www.igmetall.de/leiharbeit)

Achtung: Für einige Leihfirmen gelten eigene Tarifverträge, etwa für die VW-Tochterfirma Autovision (siehe oben).

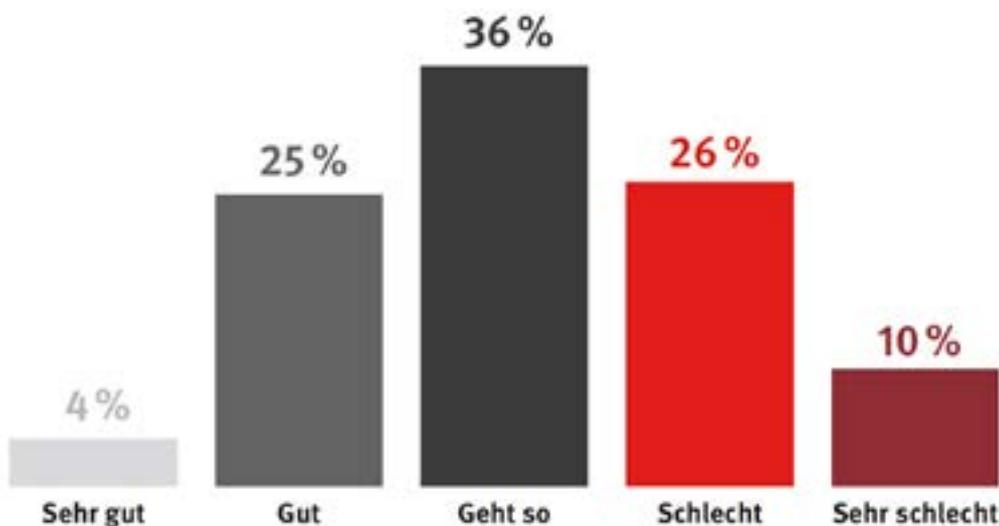
Jetzt mehr Geld für Textil

TARIFRUNDE TEXTIL

Die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie sind von den Preissteigerungen stark betroffen. Ein Blick in die Betriebe zeigt, wie sehr eine Lohnerhöhung jetzt angebracht ist. Dafür kämpfen die Beschäftigten in der Tarifrunde Textil und Bekleidung West.

Von Jacqueline Sternheimer

Wie schätzt Du die wirtschaftliche Situation im Betrieb ein?



Wir haben in den Betrieben nachgefragt, wie die wirtschaftliche Situation in der Textil- und Bekleidungsindustrie West ist. Die Lage ist gemischt, dem größten Teil der Unternehmen geht es weder »schlecht« noch »sehr schlecht«. Achtung Rundungsfehler: Alle Prozentzahlen zusammen ergeben über 100 Prozent.

Quelle: IG Metall

Die Textil- und Bekleidungsindustrie West startet das neue Jahr mit einer Tarifrunde. Erste Verhandlungen beginnen Anfang Februar. Schon in den Forderungsdiskussionen Ende 2022 hat sich abgezeichnet, was die Beschäftigten jetzt wirklich brauchen: mehr Geld. »Die wirtschaftliche Lage in den Betrieben ist durchwachsen«, sagt IG Metall-Branchenexpertin Miriam Bürger. »Etliche Betriebe sind in Kurzarbeit, andere verdienen gut.«

Gut läuft es auch bei Konrad Hornschuch AG/Continental in Weißbach nahe Schwäbisch Hall. Die rund 1150 Beschäftigten hier am Standort stellen Folien sämtlicher Art her: Fenster-, Tisch- und Automobilfolien, aber auch Kunstleder wird produziert. Im Bereich Hightech-Synthetics und Kunstleder gehören sie zu den Weltmarktführern.

Der Erfolg kommt nicht von ungefähr: »Seit 15 Jahren schufteten wir hier Tag und Nacht, auch an Sonn- und Feiertagen, um die Produktivität zu halten«, sagt Sabine Kühn, Betriebsratsvorsitzende am Standort. »Deshalb ist es für unsere Beschäftigten wichtig, jetzt in der Tarifrunde mit einer ordentlichen Prozentzahl abzuschließen – ähnlich wie in der Metall- und Elektroindustrie.«

Schwieriger sieht es da für die Zulieferunternehmen aus, die komplett von der Automobilindustrie abhängig sind. Die Energiekrise und die wirtschaftlichen Folgen durch den Krieg in der Ukraine halten die energiereiche Industrie in vielen Bereichen zum Sparen an. Zu spüren bekommen das auch die Beschäftigten von Borgers in Bocholt. Das Unternehmen, das Dämmstoffe und Teppichbeläge für Autos herstellt, durchläuft ein Insolvenzverfahren. Es gäbe genug Interessenten, die Chancen stehen gut, dass Investoren einsteigen. »Aber die Beschäftigten brauchen jetzt einen echten Lichtblick«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Antonio Valera.

Solch ein Lichtblick ist neben langfristigen Zukunftsplänen für das Unternehmen auch die anlaufende Tarifrunde. »Gerade jetzt mit den steigenden Kosten und der hohen Inflationsrate ist ein Abschluss, wie es ihn bei Metall und Elektro gab, nicht utopisch, nicht übertrieben, sondern notwendig. Das Geld muss wirklich bei den Leuten ankommen«, sagt Antonio.

So geht es weiter

Forderungsbeschluss

Die Forderungen beschließt der Vorstand am 16. Januar. Zuvor haben die Tarifkommissionen die Forderungsempfehlung beschlossen.

Dieser Beschluss lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Erste Verhandlungen

Die ersten Verhandlungen finden Ende Januar, Anfang Februar statt.

Auslaufen der Tarifverträge

Am 28. Februar 2023 enden die Laufzeit des Tarifvertrags und die Friedenspflicht. Gibt es dann noch keine Einigung, können Warnstreiks starten.

Immer aktuell bleiben

Welche Forderungen beschlossen werden und alle weiteren aktuellen

Nachrichten findet Ihr hier: textil-tarifrunde.de

Politik & Gesellschaft

Risiko: Schwangerschaft

SCHUTZ UND GLEICHSTELLUNG

Schwangerschaft, Geburt, Stillzeit – in dieser Zeit leisten Frauen bereits extrem viel. Das Mutterschutzgesetz soll sicherstellen, dass sie vor potenziellen Gefahren bei der Arbeit geschützt sind. Eine Studie offenbart eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Nach der Elternzeit warten dann die nächsten Risiken. Viele werden diskriminiert.

Von Jacqueline Sternheimer



Schwangere in der Werkshalle: Das schließt sich nicht aus. Wichtig ist dabei nur, dass der Arbeitsplatz den Vorgaben des Mutterschutzgesetzes entspricht. Gesetzlich sind alle Unternehmen verpflichtet, das zu prüfen.

Foto: iStock/Max Riesgo

Ilka ist in der zehnten Woche schwanger. Ihre Gefühle: Freude, Glück. Aber da ist noch etwas anderes: ein mulmiges Gefühl, wenn sie an die Arbeit denkt.

Ihr Arbeitgeber weist ihr einen »Schwangerenarbeitsplatz« zu, der vom Werksarzt geprüft wird, und das ist schon mehr, als viele Betriebe anbieten. Aber für Ilka, die eigentlich anders heißt, ist das trotzdem eine Katastrophe. Sie musste diesen Arbeitsplatz schon einmal verlassen, weil der Lärm und der Stress ihre Krankheit verstärkt haben. Jetzt kann sie wegen der Schwangerschaft die Medikamente gegen diese Krankheit nicht nehmen.

Ein Teil der Arbeit findet drinnen statt: Hinter einem Tisch sitzend soll sie durch ein Fenster Schlüssel und Lieferscheine an die wartenden Lkw-Fahrer ausgeben. Ständiges Beugen, dazu starker Lärm aus der Halle hinter ihr. »Ich weiß gar nicht, wie ich mich mit fortgeschrittenem Babybauch dort bewegen soll«, sagt Ilka.

Der zweite Teil der Arbeit findet draußen statt. Da soll Ilka sich wieder ständig bücken, um Felgen zu kontrollieren oder zur Kontrolle in die Fahrzeuge krabbeln. »Im Winter bin ich auf dem Parkplatz schon einmal gestürzt«, sagt sie. Alles keine rosigen Aussichten, aber Ilka wehrt sich.

Gemeinsam gewehrt

Seit Ilka von ihrer Schwangerschaft weiß, ist sie in einer IG Metall-Schwangerengruppe in ihrem Betrieb. Mit der Gruppe und dem Betriebsrat im Rücken hat sie ihrem Vorgesetzten deutlich gemacht, warum sie den Arbeitsplatz für ungeeignet hält. Außerdem hat ihre Ärztin das auch noch bescheinigt. So lenkt Ilkas Vorgesetzter schnell ein, und sorgt dafür, dass sie einen anderen Arbeitsplatz bekommt, einen, den sie selbst vorgeschlagen hat.

Aber wie kommt es überhaupt dazu, dass eine schwangere Frau unter diesen Umständen arbeiten soll? In Deutschland gilt für Frauen vor und nach der Geburt sowie in der Stillzeit bei der Arbeit und in der Ausbildung das Mutterschutzgesetz. Das legt zum Beispiel fest, wie viele Stunden Schwangere maximal arbeiten dürfen und dass ihnen Ruheräume zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zeigt, wie schlecht es um die Umsetzung dieses Gesetzes steht. Nach dem Mutterschutzgesetz muss jeder Betrieb, auch einer, in dem ausschließlich Männer arbeiten, eine Gefährdungsbeurteilung in allen Tätigkeitsbereichen für schwangere und stillende Frauen durchführen. Die Befragung des DGB hat ergeben, dass bei mehr als jeder dritten Schwangeren überhaupt keine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt wird. In Ilkas Fall gab es die zwar, aber Lärm ist ausdrücklich in dem Gefahrenkatalog aufgeführt – »und dem wäre sie auf dem ›Schwangerenarbeitsplatz‹ massiv ausgesetzt«, sagt ihre Betriebsrätin.

Ein weiteres Problem: zu lange Arbeitszeiten. Das Mutterschutzgesetz legt in der Regel nicht nur eine Höchstarbeitszeit von 8,5 Stunden pro Tag fest, sondern Schwangere dürfen auch nicht nach 20 Uhr arbeiten. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Mehrarbeit von Schwangeren die Norm und nicht die Ausnahme ist (siehe Grafik rechts).

Alte Stelle? Fehlanzeige!

Nach der Geburt stehen Frauen neben fehlenden Arbeitsschutzmaßnahmen dann vor den nächsten Herausforderungen. »Natürlich habe ich Angst, dass ich nach der Elternzeit auf eine schlechter bezahlte Stelle zurückkomme«, sagt auch Ilka. Das wäre nicht das erste Mal in ihrem Bereich.

Eltern haben ein Recht auf einen »gleichwertigen Arbeitsplatz« nach der Elternzeit, dürfen also nicht auf einen Arbeitsplatz gesetzt werden, an dem sie schlechter verdienen. In der Realität sehen zwei von zehn der befragten Frauen aus der DGB-Studie keine Perspektive, auf ihre alte Position zurückzukehren, zwei Drittel der Befragten beklagen, dass sich ihre berufliche Weiterentwicklung verzögert. Das hat auch Einfluss auf das Nettogehalt und wirkt sich somit negativ auf die Rente aus.

Auch Marie darf nach der Elternzeit nicht auf ihre alte Stelle zurück, von gleichwertiger Arbeit kann auch hier keine Rede sein. Marie, deren Namen die Redaktion ebenfalls geändert hat, hat vor der ersten Geburt als Teamleiterin in ihrem Betrieb gearbeitet. Wenn sie jetzt nach der Geburt ihres zweiten Kindes nach insgesamt fast drei Jahren Elternzeit in Teilzeit zurückkommt, wird sie im Verhältnis nur etwa so viel verdienen wie der Kollege, der vor zwei Monaten im Betrieb angefangen hat. Sie ist seit sieben Jahren dort angestellt und hat eine Qualifikation zur Betriebswirtin.

Maries Teamleiterstelle wurde einfach abgeschafft. »Es hätte gleichwertige Stellen gegeben, aber die wurden mir nicht angeboten, ganz nach dem Motto: ›Sei zufrieden mit dem, was wir dir anbieten.««

Weiter Weg bis zur alten Entgeltstufe

Der Betriebsrat hat Maries Arbeitsvertrag in der Form abgelehnt. »Natürlich hat mein Betriebsrat mir geraten, den Betrieb zu verklagen, das wäre ja auch mein gutes Recht«, sagt Marie. Noch ist sie nicht so weit. »Ich bin jetzt zweifache Mutter, da ist man mehr gebunden, außerdem mag ich meine Kolleginnen und Kollegen sehr.« Also hat sie keinen anderen Weg gesehen, als den Vertrag anzunehmen.

Wertschätzung von der Leitung fehlt Marie komplett, aber ihre Kolleginnen und Kollegen lassen sie wissen, wie sehr sie es schätzen, dass sie wieder da ist. Denen helfe sie weiterhin gern, die Arbeit, für die sie bezahlt wird, mache sie gewissenhaft, »aber die Extrameile gehe ich jetzt nicht mehr«, sagt Marie. Sie rechnet damit, dass es Jahre dauert, bis sie wieder in ihrer alten Entgeltstufe ist. Rechnet man ihre Stelle auf Vollzeit hoch und vergleicht sie mit dem Gehalt ihrer Stelle vor der Elternzeit, verdient sie jetzt 700 Euro brutto weniger. »Das schmerzt«, sagt Marie. Ihre Kompetenzen haben sich nicht verändert. Sie ist bloß Mutter geworden.

Der Blick in die Betriebe und in die Ergebnisse der Studie zeigt: Da muss noch mehr passieren. »Wir Betriebsräte und Vertrauensleute müssen den Vorgesetzten häufig erst erklären, was ihre Pflichten gegenüber werdenden und stillenden Müttern sind. Hier muss mehr Aufklärung erfolgen«, sagt die Betriebsrätin, die auch Marie begleitet.



Umfrage auf Instagram: Wir haben auf unserem IG Metall- Kanal in den Storys nachgefragt, was Eure Erfahrungen zu dem Thema sind. Achtung Spoileralarm: oft keine guten!

Rat für Tat

Hohe Heizkosten? Dein Recht auf Sozialleistungen

RECHT SO

Wer Heizkosten nachzahlen muss, kann einen Rechtsanspruch auf Erstattung durch die Jobcenter haben. Rechtsexperte Tjark Menssen erläutert, warum Betroffene ihren Anspruch auf Sozialleistungen auf jeden Fall prüfen sollten.



Es gibt Möglichkeiten, sich die Heizkosten erstatten zu lassen.

Foto: iStock/Daisy-Daisy

Bei der Grundsicherung, umgangssprachlich Hartz IV und bald Bürgergeld genannt, werden der Leistungsanspruch und das vorhandene Einkommen gegenübergestellt. Liegt das Einkommen unter dem Anspruch, wird die Lücke als staatliche Hilfe ausgezahlt. Im Falle einer hohen Heizkostennachforderung können Menschen, deren Einkommen eigentlich über dem Grundsicherungsniveau liegt, für einen Monat leistungsberechtigt werden. Denn in dem Monat, in dem die Nachforderung bezahlt werden muss, steigt der Leistungsanspruch deutlich – gegebenenfalls über das vorhandene Einkommen.

Ein Beispiel: Einem Paar mit einem Kind und durchschnittlicher Miete stehen bei der Grundsicherung monatlich 1790 Euro zu. Da das Paar einschließlich Kindergeld (Wert von 2022) über ein anrechenbares Einkommen von 2000 Euro verfügt, besteht kein laufender Anspruch auf Grundsicherung. Muss nun aber eine Heizkostennachforderung von 600 Euro gezahlt werden, steigt der Leistungsanspruch im Monat der Fälligkeit von 1790 Euro auf 2390 Euro und übersteigt das Einkommen deutlich. In diesem Monat besteht ein Leistungsanspruch in Höhe von 390 Euro.

Ebenso können höhere monatliche Abschläge für Heizkosten oder steigende Mietnebenkosten bei Geringverdienenden dazu führen, dass ein monatlicher Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen besteht.

Es werden aber nur Heizkosten übernommen. Für Stromkosten können Betroffene nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie mit Strom heizen, etwa bei Nachtspeicherheizungen.

Antrag rechtzeitig stellen

Wer eine Rechnung erhält, muss sich beeilen. Der Grund: Der Antrag muss in dem Monat gestellt werden, in dem die Nachforderung bezahlt werden muss. Wer erwerbstätig oder -fähig ist, wendet sich an das örtliche Jobcenter, anderenfalls ist das Sozialamt zuständig. Dies gilt etwa für Rentnerinnen und Rentner. Um die Frist nicht zu verpassen, können Betroffene den Antrag notfalls auch unvollständig einreichen.

Wer die Frist verpasst und wem dadurch eine Strom- oder Gassperre droht, kann auch dafür Leistungen erhalten. Die wird jedoch meist nur als Darlehen gewährt.

Ist das Einkommen zu hoch für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe, kann immer noch ein Anspruch auf Wohngeld bestehen. Dieser ist bei der Wohngeldstelle in der Kommune zu stellen.

Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles bietet verschiedenen Gruppen ausführliche Informationen an und stellt auch Musteranträge zur Verfügung.

energie-hilfe.org



Tjark Menssen

ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis.

Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: igmetall.de/vor-ort

Rat für Tat

§ Alles Recht

EINKOMMENSTEUER I

Werbung am Kennzeichen ist Arbeitslohn

Wer von seinem Arbeitgeber Geld dafür erhält, dass er am privaten Pkw auf dem Kennzeichenhalter Werbung fürs Unternehmen macht, muss diese Einnahmen versteuern. Der Fall: Ein Arbeitgeber hatte mit einem Teil seiner Beschäftigten Werbemietverträge geschlossen und diesen dafür 255 Euro im Jahr gezahlt. Der Arbeitgeber behandelte das Werbeentgelt als sonstige Einkünfte gemäß Paragraf 22 Nummer 3 des Einkommensteuergesetzes und behielt daher keine Lohnsteuer ein. Der Bundesfinanzhof (BFH) entschied: Den Werbemietverträgen, die an die Laufzeit der Arbeitsverträge geknüpft sind, kommt kein eigener wirtschaftlicher Gehalt zu.

BFH vom 3. November 2022 – VI R 20/20

EINKOMMENSTEUER II

Ein Taxi ist kein öffentliches Verkehrsmittel – Fahrkosten zum Arbeitsplatz nicht voll absetzbar

Beschäftigte können Taxifahrten zum Arbeitsplatz nicht komplett von der Steuer absetzen. Stattdessen dürfen sie für ein Taxi nur die übliche Pendlerpauschale von 30 Cent pro Kilometer absetzen.

Aufwendungen einer beschäftigten Person für Wege zwischen Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte (zumeist deren üblicher Arbeitsplatz) sind grundsätzlich pauschal in Höhe von 30 Cent für jeden Entfernungskilometer anzusetzen, unabhängig davon, welches Verkehrsmittel genutzt wird. Eine Ausnahme gilt jedoch bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. In diesem Fall darf der Arbeitnehmer anstatt der Entfernungspauschale auch höhere tatsächliche Kosten ansetzen.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte daher die Frage zu klären, ob es sich bei einem Taxi um ein solch begünstigtes öffentliches Verkehrsmittel handelt, und dies verneint. Der Grund: Bei der Einführung der Ausnahmeregelung in Paragraf 9 Absatz 2 Satz 2 Einkommensteuergesetz hatte der Gesetzgeber eine Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln im Linienverkehr – insbesondere Bus und Bahn – und damit ein enges Verständnis des Begriffs des öffentlichen Verkehrsmittels vor Augen. Ein Arbeitnehmer, der die Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte mit einem »öffentlichen« Taxi zurücklegt, kann die Aufwendungen daher nur in Höhe der Entfernungspauschale geltend machen. Geklagt hatte ein Mann aus Thüringen, der 2016 und 2017 über 9000 Euro für Taxifahrten zum Arbeitsplatz ausgab, die er von der Steuer absetzen wollte.

BFH vom 9. Juni 2022 – VI R 26/20



UNFALLVERSICHERUNG

Ehrenamtliche Chorsängerinnen und -sänger bei Adventssingen unfallversichert

Ein ehrenamtliches Mitglied eines Frauenchors ist bei einem öffentlichen Adventssingen in kirchlichen Räumlichkeiten unfallversichert, gerade wenn die Freude am Gesang und der Gemeinschaft im Vordergrund steht. Das hat das Bundessozialgericht (BSG) entschieden.

Die Klägerin war Mitglied eines Frauenchors, der in den Räumlichkeiten einer Kirchengemeinde ein öffentliches Adventssingen darbieten wollte. Zuwendungen oder Aufwandsentschädigungen für den Auftritt der Chormitglieder waren nicht vorgesehen.

Auf dem Weg zu diesem Auftritt verunglückte die Klägerin mit ihrem Pkw bei Glatteis und verletzte sich schwer. Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und Unfallkasse lehnten die Anerkennung eines Arbeitsunfalls mangels Versicherungsschutzes ab. Zu Unrecht. Begründung des BSG: Das Adventssingen des privatrechtlich strukturierten Frauenchors fand freiwillig, unentgeltlich und im Interesse des Gemeinwohls im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung statt. Der Weg dahin stand deshalb in innerem Zusammenhang mit dem versicherten Ehrenamt, selbst wenn die Klägerin das Singen in dem Chor vornehmlich aus Freude am Gesang und der Gemeinschaft ausüben wollte. Denn Freude gehört zum Wesen des Ehrenamts.

BSG vom 8. Dezember 2022 – B 2 U 19/20 R

Bildung

Ausbildende unter enormem Druck

AUSBILDUNG

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Ausbilderinnen und Ausbilder haben die Aufgabe, junge Menschen fit für die Zukunft zu machen. Doch allzu oft fühlen sie sich von den Unternehmen ausgebremst. Die Belastungen steigen.

Von Jan Chaberny



Ausbilder wie Marc-Oliver Bach sind dafür verantwortlich, dass Auszubildende gut vorbereitet in ihren Beruf starten, dass sie fachliche Fertigkeiten und Qualifikationen erworben haben und wissen, wie sie sich schnell in Unbekanntes einarbeiten, Probleme anpacken und Lösungen finden.

Foto: Laura Ockenfels/Becker&Bredel

Wenn Marc-Oliver Bach seinen Auszubildenden den Weg in die Zukunft aufzeigen möchte, muss er sich vorher immer mal wieder sehr gegenwärtigen Herausforderungen stellen: In der Ausbildungswerkstatt stehen exakt zwei PCs mit Internetanschluss zur Verfügung. Fällt einer von ihnen aus, hat Marc-Oliver ein Problem. »Wir sind auf diese Rechner angewiesen. Das Streamen von Lernvideos ist häufig nicht richtig möglich, Lernprogramme oder Apps in die Arbeit zu integrieren ist unter diesen Umständen sehr kompliziert.«

Internet, Lernprogramme, Apps: Das ist kein digitaler Schnickschnack, keine Spielerei. Das ist elementar. Und es wird wichtiger für die Arbeit von Marc-Oliver Bach. Der 50-jährige arbeitet als Ausbilder in der Fachrichtung »Elektroniker« bei der Dillinger Hütte. Zusammen mit drei Kollegen bildet er am Standort im saarländischen Dillingen junge Menschen aus: Pro Lehrjahr begleitet er bis zu 20 Auszubildende durch die dreijährige Ausbildung und führt sie zu den Abschlussprüfungen.

Fit machen für die Zukunft

»Ich bin in gewisser Weise für die jungen Kolleginnen und Kollegen verantwortlich«, sagt Marc-Oliver Bach. Damit meint der Metaller nicht nur, dass seine Auszubildenden ihre Abschlussprüfungen bestehen. Sondern auch, dass sie gut vorbereitet in ihren Beruf starten: dass sie fachliche Fertigkeiten und Qualifikationen erworben haben, dass sie soziale und kommunikative Kompetenzen besitzen und wissen, wie sie sich schnell in Unbekanntes einarbeiten, Probleme anpacken, Lösungen finden können. »Die Stahlindustrie steht vor einer Transformation, grüner Wasserstoff wird sich durchsetzen, die Dekarbonisierung voranschreiten«, sagt Bach. »In unserer Branche wird es ganz neue Arbeitsplätze geben: neue Tätigkeiten, die neue Kompetenzen und Qualifikationen erfordern. Dafür müssen wir bereits heute die jungen Menschen fit machen.«

Belastungen steigen

Das ist kein leichtes Unterfangen – im Gegenteil: Es ist harte, fordernde, manchmal bis zur Erschöpfungsgrenze und darüber hinausreichende Arbeit. Nicht nur für Marc-Oliver Bach, der seit 15 Jahren als Ausbilder arbeitet und anschaulich erzählen kann, wie die Belastungen während dieser Zeit immer weiter gestiegen sind. Das gilt für fast alle betrieblichen Ausbilder und Ausbilderinnen im Land.

Laut einer aktuellen Studie fühlen sich Ausbilderinnen und Ausbilder von den Unternehmen bei Ausstattung, Zukunftsgestaltung und Qualifizierung ausgebremst. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der IG Metall in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage der Universität Erlangen-Nürnberg. Die Ergebnisse machen klar: Bestehende Belastungen des Ausbildungspersonals verringern die Qualität der Ausbildung. Mehr als jeder zweite Befragte (54 Prozent) ist widersprüchlichen Anforderungen vonseiten der Unternehmen ausgesetzt. Das bedeutet für die überwiegende Mehrheit: Mehrarbeit und Überstunden (59 Prozent), Stress (70 Prozent) sowie eine höhere Arbeitsintensität (86 Prozent). Die gravierende Folge: Fast die Hälfte der Befragten (45 Prozent) muss Abstriche bei der Qualität der Ausbildung machen.

»Viele Betriebe sehen die Ausbildung nur als Kostenfaktor. Damit aber fährt der wirtschaftliche, soziale und ökologische Wandel an die Wand«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Ein zunehmend belastetes Ausbildungspersonal kann seine Schlüsselrolle in der Transformation nicht mehr wahrnehmen.« Dabei ist das gerade jetzt elementar in diesen stürmischen Zeiten.

»Es ist nicht einzig die mangelnde Ausstattung«, sagt Ausbilder Bach. Viel schlimmer sei, dass er beständig das Gefühl habe, nicht hinterherzukommen, seinen Auszubildenden nur mit hohem Zeit- und Kraftaufwand gerechtwerden zu können.

Junge fit für den Beruf machen

Was damit gemeint ist? »Damit ist gemeint, dass ich heute sehr viel mehr leisten muss, fachlich, didaktisch und pädagogisch, um die jungen Kolleginnen und Kollegen fit für den Beruf zu machen, viel mehr, als ich das noch vor 15 Jahren musste.« Die Anforderungen, die an junge Menschen gestellt werden, würden steigen, die Arbeitswelt verändere sich rasant.

»Gleichzeitig stelle ich fest, dass es mittlerweile viele Kolleginnen und Kollegen gibt, denen Grundsätzliches fehlt. Zum Beispiel das Wissen und die Erfahrung, wie sie gut lernen können. Das ist ein Problem.« Es sei, sagt Bach, ja nicht damit getan, kapitelweise Lernstoff auszubreiten, dafür zu sorgen, dass die jungen Auszubildenden alles mitschreiben und bei den praktischen Übungen die richtigen Drähte miteinander verbinden. Lernen habe nichts mit Eintrichtern zu tun, dafür mehr denn je damit, sich in immer neue Aufgabenstellungen einarbeiten zu können, im Team Lösungswege zu finden und Gelerntes anzuwenden. Selbstverständlich sei es nötig, Grundlagen aus seinem Fachgebiet zu lernen, aber das allein reiche nicht.

Neue Aufgaben, neue Kompetenzen

»Die jungen Menschen, die heute in ihren Job starten, müssen Teamplayer sein. Sie müssen problemlösungsorientiert arbeiten, sie müssen mit anderen Abteilungen kommunizieren«, sagt Marc-Oliver Bach. Um das zu üben, müssten unterschiedliche Methoden angewandt werden, in denen Kompetenzen trainiert werden könnten, sei es in Gruppenarbeit, sei es mittels Referaten. »Dafür fehlt meist die Zeit. Die brauchen wir aber. Wir brauchen mehr Raum, um Dinge auszuprobieren. Und wir brauchen Zeit für die eigene Fortbildung.«

Auf einem anderen Feld fehlt nicht die Zeit, es fehlen Informationen, Einbindung, Beteiligung. »Wir Ausbilder wissen sehr gut, dass im Zuge der Transformation neue Tätigkeiten und neue Qualifikationen erforderlich sind«, sagt Bach. »Was wir nicht wissen, ist, wie und in welchem Rahmen diese Qualifikationen vermittelt werden sollen.« In der Stahlindustrie werden mehr und mehr Elektroöfen eingesetzt. Natürlich habe das Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Folgen für Ausbildungsinhalte. »Auf uns Ausbilder werden in den kommenden Jahren große Herausforderungen zukommen.«

Vor denen fürchtet sich Bach nicht. Dafür ist er zu gern Ausbilder. Dafür begleitet er zu gern Kolleginnen und Kollegen auf den ersten Metern ihres Berufswegs. »Mich erfüllt es, wenn ich sehe, wie junge Menschen sich entwickeln, wie sie bei uns im Betrieb ihren Weg gehen«, sagt er. »Trotz aller Beschwerden: Ich liebe meinen Beruf und das wird so bleiben.«

**»Die Stahlindustrie steht vor einer Transformation.
Wir müssen die jungen Menschen fit machen.«**

Marc-Oliver Bach Kurz und bündig

Kurz und bündig

IG METALL-NACHWUCHS

Drei Fragen an Aliya aus Ludwigsburg, die seit ihrer Geburt IG Metall-Mitglied ist



Aliya geht in die erste Klasse, hat zwei ältere Geschwister und einen Hund. Mit ihrem Vater Ergün war die Sechsjährige vor Kurzem auf einer Kundgebung.

Foto: privat

Was weißt Du über die IG Metall?

Mein Papa arbeitet da. Er hat mich bei der IG Metall angemeldet, als ich auf die Welt kam. Ich bin da jetzt seit sechs Jahren Mitglied. Deshalb bekomme ich auch die Zeitschrift für Mitglieder, die metall. Ich schau mir mit Papa manchmal so ein Heft an. Bisher guck ich mir die Fotos an. Lesen kann ich die Artikel noch nicht. Aber ich lerne ja jetzt lesen. Ich bin in der ersten Klasse.

Hast Du was Besonderes mit der IG Metall erlebt?

Neulich war ich mit meinem Papa in Kornwestheim. Dort habe ich mit einem anderen Mädchen ein Plakat geklebt. Da stand drauf: »Selbst die Bonbons werden jetzt immer teurer. Löhne rauf«. Das Plakat haben wir dann hochgehalten. Da waren viele Leute. Sie haben mit Trillerpfeifen Krach gemacht. Wir haben dort Verstecken gespielt. Das war lustig.

Was machst Du gern und was würdest Du gern in der »metall« lesen?

Ich male gern und ich mag Rollschuhlaufen. Zaubern find ich auch toll. Mein Vater kann richtig coole Zaubertricks. Manche hat er mir beigebracht. Wenn ich groß bin, will ich Tierärztin werden. Beim Memoryspielen gewinne ich immer. Wenn ich die metall anschau, würde ich gern meinen Papa mit einem Foto da drin sehen. Ich würde auch gern was ausmalen.

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Unterstützung für verfolgte Gewerkschafter

Internationales Netzwerk im Aufbau

Das IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel unterstützt die Kooperation von IG Metall und Amnesty International, um verfolgten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu helfen. »Immer noch verletzen viele Staaten massiv Arbeitnehmer- und Menschenrechte. Aktuell brauchen die verhafteten Kolleginnen und Kollegen in Belarus unseren Einsatz«, sagte IG Metall-Hauptkassierer Jürgen Kerner bei der Auftaktveranstaltung. Die Initiative soll ein internationales Netzwerk von Unterstützenden aufbauen. Wer mitmachen möchte, meldet sich per E-Mail an amnesty@igmetall.de.

Weitere Infos: igmetall-sprockhoevel.de

KRANKENVERSICHERUNG

Gesetzliche Krankenkassen: Beiträge steigen

Reformdruck in der Gesundheitspolitik wächst

Die Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen steigen 2023 spürbar. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag liegt nächstes Jahr bei 1,6 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 1,3 Prozent. Die einzelnen Krankenkassen können ihren Zusatzbeitrag selbst festlegen. Der Beitrag kann daher vom genannten Durchschnittswert abweichen.

Die gesetzlichen Krankenkassen brauchen Geld. Denn sie haben ein enormes Defizit angehäuft. Ein Grund dafür: teure Gesetze, die die Gesundheitsversorgung nicht verbessern, dafür aber Ärztinnen, Ärzten oder Anbietern von Gesundheits-apps zugutekommen.

Angesichts höherer Beiträge umso wichtiger: die Rückkehr zur gerechten Finanzierung der Krankenkassen. Seit 2019 zahlen Arbeitgeber die Hälfte des Zusatzbeitrags. Zuvor mussten die Versicherten den 2015 eingeführten und ständig steigenden Zusatzbeitrag allein schultern. Die IG Metall hatte das scharf kritisiert und sich erfolgreich für die Rückkehr zur Parität eingesetzt.

Langfristig hilft den Krankenkassen nur eine Radikalreform: die Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen gemeinsam einzahlen. Sie würde mehr Geld ins System bringen und die Versorgung verbessern. Mehr Informationen findet Ihr hier: igmetall.de/sozialpolitik

RATGEBER – NEWS – INFOS

Hol Dir die IG Metall-App – jetzt mit überarbeitetem Schichtkalender

Über unsere IG Metall-App erhalten Mitglieder und Interessierte die neuesten Informationen zu Tarifverhandlungen und eine Übersicht über die aktuellen Tarifentgelte. Du musst keine Neuigkeiten mehr verpassen: Über Push-Benachrichtigungen bist Du stets auf dem aktuellen Stand.

Registrierte Nutzerinnen und Nutzer können über ihren persönlichen Login auch ihre persönlichen Daten wie Telefonnummern und E-Mail-Adressen pflegen sowie die Bankverbindung eintragen oder aktualisieren.

Im Schichtkalender können Mitglieder und Interessierte diverse Schichtzyklen und alle gängigen Schichtmodelle speichern. Dazu gibt es eine neue Funktion, mit der neue Schichttypen erstellt werden können. Mitglieder können den Schichtkalender mit ihrem persönlichen Kalender verknüpfen oder sich per E-Mail zuschicken.

Zusätzlich bietet die IG Metall-App Zugang zu den

Onlineservices der IG Metall, wie den Leistungsrechner und die Geschäftsstellensuche.

Die kostenlose IG Metall-App gibt es im App- und im PlayStore. Mehr Information findest Du in diesem QR-Code oder unter: igmetall.de/app



BEKANNTMACHUNG

Ausblick auf den Gewerkschaftstag 2023

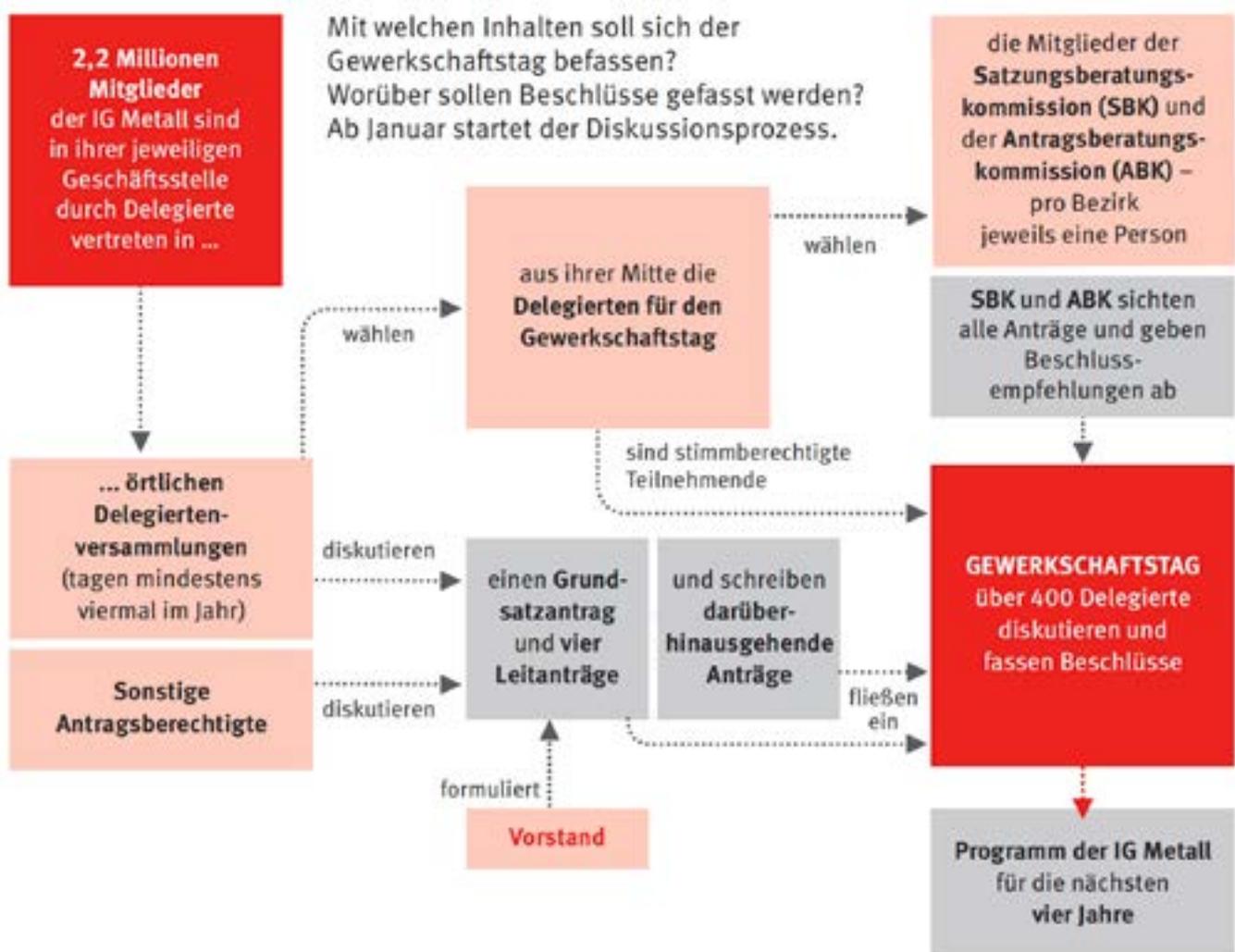
Weichenstellung für die nächsten Jahre

Alle vier Jahre wieder: Der Gewerkschaftstag der IG Metall findet dieses Jahr vom 22. bis zum 26. Oktober in Frankfurt am Main statt. Delegierte aus dem gesamten Organisationsbereich wählen den künftigen Vorstand und den künftigen Kontrollausschuss.

Über die zuvor aus der Organisation eingereichten Anträge entscheiden die Delegierten über die inhaltliche Ausrichtung der IG Metall für die nächsten vier Jahre. Ein Grundsatzantrag und vier Leitanträge beschäftigen sich in diesem Jahr mit der Transformation sowie aktuellen politischen Debatten, der Energiewende, der Tarifpolitik und der Zusammenarbeit der IG Metall innerhalb der Organisation und mit anderen Institutionen. Auch die IG Metall Jugend wird einen Antrag stellen.

Die Delegierten werden vor dem Gewerkschaftstag in Wahlbezirken gewählt, die vom Vorstand in Absprache mit den Bezirken festgelegt werden. Wählen lassen können sich alle, die am Tag der Wahl mindestens 36 Monate ohne Unterbrechung Mitglied der Gewerkschaft sind. Bei unter 27 Jahren alten Mitgliedern reicht es, mindestens zwölf Monate ohne Unterbrechung Mitglied zu sein. Die Delegierten werden dann in einer geheimen Wahl von einer Delegiertenversammlung in den Geschäftsstellen gewählt.

Auf je 5000 Mitglieder wird ein Delegierter oder eine Delegierte gewählt. Übersteigt die Restziffer die Zahl von 2500, erhält der Wahlbezirk einen weiteren Delegierten oder eine weitere Delegierte.



Tagesordnung des 25. Ordentlichen Gewerkschaftstags

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des Gewerkschaftstags
3. Mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht
4. Aussprache zum Geschäftsbericht
5. Bericht des Kontrollausschusses
6. Bericht der Revision
7. Geschäftsbericht: Antwort des Ersten Vorsitzenden
8. Entlastung des Vorstands und des Kontrollausschusses
9. Beratung und Beschlussfassung über Anträge zu den Paragraphen 18 und 21 der Satzung der IG Metall
10. Wahlen
 - Vorstellung der Kandidierenden
 - Wahlen
11. Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Satzung der IG Metall
12. Zukunftsreferat der oder des Ersten Vorsitzenden
13. Beratung und Beschlussfassung der weiteren Anträge
14. Abschluss des 25. Ordentlichen Gewerkschaftstags

ARBEITSMARKT

Bürgergeld kommt: Was es bringt – und was nicht

Ab Januar 2023 gibt es das Bürgergeld. Es ersetzt Hartz IV. Nach zähem Ringen mit den Unionsparteien musste die Ampelkoalition einige Regelungen verschärfen. Die Reform des Hartz-IV-Systems fällt deshalb kleiner aus, als ursprünglich geplant. Einige Dinge verbessern sich aber grundlegend: Statt schneller Vermittlung in Aushilfsjobs sollen künftig Weiterbildung und der Erwerb eines Berufsabschlusses im Vordergrund stehen. In den ersten zwölf Bürgergeldmonaten sind Ersparnisse geschützt und es gibt keine Zwangsumzüge. Der Regelsatz steigt von 449 Euro auf 502 Euro im Monat.

Baustellen bleiben trotzdem: Kürzungen des Bürgergelds werden auch künftig von Beginn an möglich sein, obwohl das Bürgergeld als Existenzminimum definiert ist. Jede Arbeit gilt als zumutbar – es sei denn, sie ist sittenwidrig. Der Regelsatz wird weiter zu niedrig berechnet.

Mehr Infos: [igmetall.de/sozialpolitik](https://www.igmetall.de/sozialpolitik)

RAT UND TAT

Das ändert sich 2023

RATGEBER

Die Bundesregierung hat für das neue Jahr viele Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. metall gibt einen Überblick, was sich für die Menschen in Deutschland ab Januar ändert.

Von Antonela Pelivan | Illustration: Katja Weikenmeier



Mehr Geld für Kinder: Ab 2023 erhalten Familien unter anderem mehr Kindergeld. Für eine Familie mit zwei Kindern sind das 744 Euro jährlich mehr. Eine Familie mit drei Kindern bekommt 1044 Euro mehr im Jahr.

Höheres Kindergeld, steuerliche Absetzbarkeit des heimischen Arbeitsplatzes, Anhebung des Grundfreibetrags, volle Absetzbarkeit der Rentenbeiträge, Erhöhung des Wohngelds: Unterm Strich bringt das Jahr 2023 für viele mehr Geld. Die wichtigsten Änderungen im Überblick.

Grund- und Kinderfreibetrag

Der **Grundfreibetrag** in der Einkommensteuer steigt 2023 für Ledige auf 10 908 Euro. Verheirateten stehen 21 816 Euro zu. Der Grundfreibetrag bezeichnet den Betrag, bis zu dem das Einkommen Lediger oder gemeinsam veranlagter Ehepartner steuerfrei bleibt. Dieses Existenzminimum wird also steuerlich nicht angetastet. Damit haben Arbeitnehmer etwas mehr Geld, da der Fiskus ab Januar 2023 erst bei Einkommen über dem neuen Grundfreibetrag Steuern abzieht.

Angehoben wird auch der steuerliche **Kinderfreibetrag**, der das Existenzminimum des Kindes sichert: Der Freibetrag liegt 2023 bei 3012 Euro beziehungsweise 6024 Euro bei verheirateten Arbeitnehmern.

Zusätzlich wird ein Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung von 1464 Euro beziehungsweise 2928 Euro gewährt. Insgesamt betragen die Freibeträge für Kinder somit 4476 Euro für Ledige und 8952 Euro für Verheiratete.

Kindergeld: einheitlich 250 Euro für jedes Kind

Ab 2023 erhalten Eltern für jedes Kind 250 Euro pro Monat. Damit steigt die staatliche Unterstützung für das erste und zweite Kind jeweils um 31 Euro im Monat, für das dritte Kind ist es ein Plus von 25 Euro. Für das vierte und jedes weitere Kind bleibt es bei 250 Euro.

Pauschbeträge

Der **Arbeitnehmerpauschbetrag** (Werbungskostenpauschale) wird ab dem 1. Januar 2023 um 30 Euro erhöht. Beschäftigte können also ihre Werbungskosten bei der Einkommensteuererklärung ohne Belege pauschal in Höhe von 1230 Euro geltend machen.

Der **Sparerpauschbetrag** steigt ab 2023 von 801 auf 1000 Euro pro Jahr für Alleinstehende und von 1602 auf 2000 Euro für Ehe- und Lebenspartner.

Der **Entlastungsbetrag für Alleinerziehende** steigt 2023 von 4008 auf 4260 Euro. Ab dem zweiten Kind erhöht sich der Betrag um 240 Euro für jedes weitere Kind.

Homeofficepauschale

Mit den Änderungen bei der Homeofficepauschale kommt der Gesetzgeber den Forderungen entgegen, die die DGB-Gewerkschaften schon zu Pandemiebeginn erhoben haben. So wird die Pauschale dauerhaft im Steuerrecht verankert und kann künftig bis zu 1260 Euro betragen, anstatt nur 600 Euro wie bisher. Pro Tag im Homeoffice können Steuerpflichtige ab 2023 also sechs Euro in der Einkommenssteuererklärung geltend machen. Damit sind künftig 210 statt 120 Homeofficetage begünstigt.

Endlich bessergestellt werden künftig auch all jene, denen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, zum Beispiel Beschäftigte im Außendienst, und alle, die ihren heimischen Arbeitsplatz wegen enger Wohnverhältnisse nicht von den Privaträumen abgrenzen können.

Während deren anteilige Wohn- und Betriebskosten bislang nicht anerkannt wurden, sollen sie künftig unabhängig von den zu Hause verbrachten Arbeitstagen 1260 Euro als Jahrespauschale geltend machen können.

Die Homeofficepauschale ist Bestandteil der Werbungskostenpauschale von 1230 Euro. Das heißt: Wer außer der Homeofficepauschale keine Werbungskosten hat oder auch mit weiteren Werbungskosten nicht die Grenze von 1230 Euro überschreitet, hat nichts von ihr.

Rentenbeiträge: voll von der Steuer absetzbar

Ab 2023 können alle, die Steuern zahlen, ihre Rentenbeiträge voll als Sonderausgaben absetzen – zwei Jahre früher als ursprünglich geplant. Damit entlastet die Bundesregierung Bürgerinnen und Bürger und verhindert auch künftig die sogenannte Doppelbesteuerung der Renten.

Sozialversicherung

Für die Beitragsbemessungsgrenze in der **Rentenversicherung** gelten für die Gebiete West und Ost unterschiedliche Werte: Im Westen steigt der Wert ab Januar 2023 auf 7300 Euro. Das Pendant Ost liegt bei 7100 Euro im Monat. Bis zu diesen Einkommensgrenzen müssen Beschäftigte Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung bezahlen.

Die Beitragsbemessungsgrenze in der **gesetzlichen Krankenversicherung** gilt bundesweit und steigt auf 59 850 Euro jährlich beziehungsweise auf 4987,50 Euro monatlich. Auch die Versicherungspflichtgrenze, also die Grenze, bis zu der Beschäftigte gesetzlich versichert sein müssen, steigt 2023.

Lag sie 2022 bei 64 350 Euro im Jahr, liegt sie künftig bei jährlich 66 600 Euro (monatlich 5550 Euro). Wer über diesen Betrag hinaus verdient, kann sich privat krankenversichern lassen.

Der **Krankenkassenbeitrag** liegt bei 14,6 Prozent, der ermäßigte Beitragssatz bei 14 Prozent. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung steigt um 0,3 Prozent auf 1,6 Prozent.

Krankenkassen können einen individuellen Zusatzbeitrag erheben, wenn sie ihren Finanzbedarf durch die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht decken können. Die Höhe des kassenindividuellen Zusatzbeitrags legt jede Kasse selbst fest. Ob alle Krankenkassen den Zusatzbeitrag erhöhen, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. **Aber Achtung:** Gesetzliche Krankenkassen müssen ihre Mitglieder nicht mehr wie sonst schriftlich per Brief über die Beitragserhöhung informieren. Es reicht, wenn die Information zum Beispiel auf der Website der Krankenkasse oder in der Mitgliederzeitschrift erfolgt.

In der **Arbeitslosenversicherung** steigt der Beitragssatz ab 2023 von 2,4 auf 2,6 Prozent. Da die Beiträge jeweils zur Hälfte von Beschäftigten und Arbeitgebern getragen werden, kommt durch die Erhöhung auf beide eine höhere Beitragslast von jeweils 0,1 Prozentpunkte zu.

Freie Kost und Logis für Arbeitnehmer

Zahlt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ein Essen, kann für den Fiskus ein steuerpflichtiger Arbeitslohn vorliegen.

Maßgeblich sind die sogenannten Sachbezugswerte: Ab 1. Januar 2023 steigen die Monatswerte für die Verpflegung auf 288 Euro (bisher: 270 Euro).

Damit sind ab 2023 für verbilligte oder unentgeltliche Mahlzeiten folgende Werte anzusetzen:

Frühstück: 60 Euro monatlich oder 2 Euro pro Tag

Mittagessen: 114 Euro monatlich oder 3,80 Euro pro Tag

Abendessen: 114 Euro monatlich oder 3,80 Euro pro Tag

Wie für die Verpflegung erhöhen sich auch die Werte für Unterkunft oder Miete. Der Sachbezugswert für freie Unterkunft beträgt 2023 bundeseinheitlich 265 Euro (bisher: 241 Euro) monatlich. Erhalten Beschäftigte also durchgängig sowohl freie Unterkunft als auch freie Verpflegung, bedeutet dies fürs Finanzamt: Das monatliche Bruttoeinkommen, auf das Steuern und Sozialabgaben zu zahlen sind, erhöht sich auf 553 Euro (288 Euro plus 265 Euro).



Mindestlöhne

Der **gesetzliche Mindestlohn** liegt seit 1. Oktober 2022 bei 12 Euro brutto die Stunde. Wie sich der gesetzliche Mindestlohn auf die Höhe des Verdienstes und die Stundenzahl auswirkt, kann man übrigens auch ganz leicht mit dem Mindestlohnrechner des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales herausfinden. bmas.de/mindestlohnrechner

Der Branchenmindestlohn für das **Elektrohandwerk** steigt im Januar auf 13,40 Euro und für Leiharbeit ab April 2023 auf 13 Euro die Stunde.

Auch angehende Auszubildende dürfen sich über mehr Geld freuen: Wer sich ab 2023 für den Beruf seiner Wahl in Handwerk und Betrieb qualifiziert, erhält im ersten Ausbildungsjahr die **gesetzliche Mindestausbildungsvergütung** von 620 Euro im Monat.

Für das zweite, dritte und vierte Ausbildungsjahr gibt es dann Aufschläge. Der Auszubildende erhält 18, 35 beziehungsweise 40 Prozent über dem Einstiegsbetrag des ersten Ausbildungsjahres. Die Mindestvergütung gilt für Auszubildende, die in einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung geregelten Beruf ausgebildet werden. Ist der Arbeitgeber tarifgebunden, gilt die tarifvertraglich festgesetzte Höhe der Ausbildungsvergütung.

Erhöhung des Wohngelds

Das Wohngeld steigt 2023 von durchschnittlich 180 Euro auf rund 370 Euro monatlich. Das ist Teil der Wohngeldreform der Bundesregierung und soll einkommensschwache Mieterinnen und Mieter unterstützen. Mit der Wohngeldreform wurden zudem Bagatellgrenzen im Fall von Rückforderungen eingeführt, die es ermöglichen, den Bewilligungszeitraum auf 24 Monate zu verlängern.

Eine dauerhafte Heizkostenkomponente geht künftig als Zuschlag auf die zu berücksichtigende Miete oder Belastung in die Wohngeldberechnung ein, um die Empfänger bei den Energiekosten zu entlasten. Bemessungsgrundlage des Wohngelds ist die Bruttokaltmiete. Kosten für Heizung und Warmwasser wurden bei den Belastungen bislang nicht berücksichtigt. Angesichts der sehr stark steigenden Preise für Heizenergie ist es erforderlich, auch die Heizkostenbelastungen der Haushalte im Wohngeld zu berücksichtigen, heißt es in der Gesetzesbegründung.

Bürgergeld statt Hartz IV

Das Bürgergeld ersetzt ab 1. Januar 2023 Hartz IV: Der Regelsatz wird erhöht und zahlreiche weitere Neuerungen werden durchgeführt. Unter anderem sollen das Schonvermögen erhöht und ein Weiterbildungsgeld sowie ein Bürgergeldbonus eingeführt werden.

Ausführliche Infos zum Bürgergeld findet Ihr hier: [igmetall.de/buergergeld](https://www.igmetall.de/buergergeld)

Frührentner: Hinzuverdienstgrenze abgeschafft

Wer früher in Rente geht und sich etwas dazuverdient, musste bislang darauf achten, dass bestimmte Grenzen nicht überschritten wurden, ansonsten wäre die Rente gekürzt worden. Diese Hinzuverdienstgrenze wird 2023 vollständig abgeschafft. Bei einem Ruhestand ab 63 darf man künftig so viel neben der Rente verdienen, wie man will. Die Regelung betrifft Menschen, die mit 35 Beitragsjahren in Rente gehen, aber die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

Nicht abgeschafft wird die Hinzuverdienstgrenze für all diejenigen, die eine volle oder teilweise **Erwerbsminderungsrente** beziehen. Allerdings wird die Hinzuverdienstgrenze erhöht.

Bei **voller Erwerbsminderungsrente** steigt sie 2023 auf 17 823,75 Euro pro Jahr. Bei **teilweiser Erwerbsminderung** beträgt die Grenze rund

35 650 Euro pro Jahr – bei einem Leistungsvermögen von weniger als sechs Stunden am Tag.

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nur noch elektronisch

Ab Januar 2023 wird die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung auf Papier – bis auf wenige Ausnahmen – abgeschafft und durch ein elektronisches Verfahren abgelöst.

Mit dem Verfahren der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) müssen gesetzlich krankenversicherte Beschäftigte ihr Attest nicht mehr dem Arbeitgeber schicken. Stattdessen stellen die Krankenkassen die entsprechenden Arbeitsunfähigkeitsdaten elektronisch zur Verfügung und die Arbeitgeber rufen diese Daten dann ab.

Auch Krankenhäuser nehmen an diesem Verfahren teil. Nicht beteiligt sind bislang Ärztinnen im Ausland, Rehaeinrichtungen sowie Physio- und Psychotherapeuten. Die eAU gilt zudem nicht für Privatversicherte.

Beschäftigte müssen ihren Arbeitgeber nach wie vor über die festgestellte Arbeitsunfähigkeit unterrichten.

Branche & Betrieb

Sie haben Franz-Josef Röttgen noch mal aus der Rente zurückgeholt

PORTRÄT

Er würde alles wieder so machen: 50 Jahre lang war Franz-Josef Röttgen auf Montage, auf Baustellen, in Heizungskellern. Er arbeitete für seine Kolleginnen und Kollegen als Betriebsrat, bei Tarifverhandlungen. Auch als Rentner arbeitet er weiter daran, dass seine Arbeit fortgeführt wird.

Von Dirk Erb



Fotos: Michael Englert

Sie haben Franz-Josef Röttgen noch mal aus der Rente zurückgeholt, weil sie nicht genug Leute haben: Fachkräftemangel. Der Heizungsobermonteur hat daher auf Minijobbasis noch mal ein paar Aufträge übernommen: in einem Krankenhaus und in einem Seniorenwohnheim. Das Neonlicht dort ist schummrig und ständig dröhnen Pumpen und Kessel. »Das ist doch nichts gegen eine Baustelle, wo ständig eine Flex oder ein Presslufthammer läuft«, meint Franz-Josef. »Hier im Keller ist es trocken und warm, Du hast eine Toilette und kannst Dich waschen.«

»Für die Gewerkschaft?«, fragt ein Haustechniker, der hereinschaut und auf die Kameras und den Scheinwerfer zeigt. »Jawoll«, antwortet der langjährige Betriebsratsvorsitzende von Fuchs-Haustechnik in Troisdorf bei Bonn – und hält seinen IG Metall-Zollstock hoch.

Seit 1981 ist Franz-Josef Röttgen für die IG Metall im Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerk (SHK) aktiv – in der Tarifkommission, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern, als Arbeitnehmervertreter in der Handwerkskammer. Außerdem berät er die, die ihm im Betriebsrat nachfolgen, und spricht Menschen an, die ihm in der Tarifkommission nachfolgen könnten. Leider ist das nicht so einfach in Handwerksbetrieben, wo der Chef sich nicht reinreden lässt und droht und die meist weniger als zehn Beschäftigten ständig auf Montage sind.

Franz-Josef hat sich nie einschüchtern lassen. »Was soll denn passieren? Ohne uns läuft in der Firma doch nichts. Wenn wir zusammenhalten, können sie uns ja nicht alle entlassen.«

Entlassungen wegen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft? Im Gegenteil: 2005 bis 2007 retteten sie gemeinsam mit der IG Metall Bonn-Rhein-Sieg den Betrieb und 23 Arbeitsplätze. Heute sind wieder 70 Beschäftigte da. Selbst als Rentner hat Franz-Josefs Wort immer noch Gewicht in der Firma.

»Das haben wir nur mit der Gewerkschaft hingekriegt, weil viele Mitarbeiter bei uns im Betrieb IG Metall-Mitglieder sind und hinter dem Betriebsrat stehen«, erklärt er. »Das sage ich auch immer Leuten in Betrieben ohne Betriebsrat: ›Ihr kommt vielleicht jetzt klar, aber wenn doch mal was ist, etwa Entlassungen, dann seid ihr aufgeschmissen.«« Zwar zahlen wegen des Fachkräftemangels viele Betriebe mittlerweile von sich aus Tarifröhne. Doch es gibt auch viele schwarze Schafe, die keine Überstunden zahlen, kein Fahrgeld, keine Auslöse, Schmutzzulage oder Freistellungstage.

»Allein machst Du da gar nichts«, erklärt er. »Selbst wenn Du klagst und gewinnst, bekommst Du nur noch schlechte Baustellen. Da hast Du mit Betriebsrat und IG Metall bessere Karten.«

Ihren Tarif jedoch mussten sie immer wieder verteidigen. Ende der 2000er-Jahre etwa wollten die Arbeitgeber weg von der IG Metall und mit der sogenannten Christlichen Gewerkschaft verhandeln. »Zum Streiken hatten wir im SHK-Handwerk zu wenig Mitglieder«, sagt Franz-Josef. »Aber wir haben Randalen in den Betrieben gemacht, Betriebsversammlungen einberufen, unsere Firmen zu Haustarifverhandlungen aufgefordert, bis sie die Innung wieder auf die Spur gebracht haben.«



Franz-Josef Röttgen im Heizungskeller eines Seniorenwohnheims. 50 Jahre lang war er als Heizungsmonteur unterwegs. Jetzt musste er noch mal als Rentner ran. Es fehlen Fachkräfte, weil die Arbeitgeber seit Jahren zu wenig ausbilden.

Vom Gussheizkörper zum Solardach

50 Jahre lang war Franz-Josef auf Montage, bei Regen, Kälte und Lärm. Trotzdem sagt er: »Ich würde es heute wieder so machen.« Schon sein Vater war Handwerker. Sein Beruf ist mit den Jahren immer interessanter und anspruchsvoller geworden, findet er. Als er 1972 seine Ausbildung bei Fuchs begann, hat er noch schwere Gussheizkörper geschleppt. Dann kamen Heizplatten, Niedertemperaturkessel, Fußbodenheizungen, Solardächer und Wärmepumpen. In die IG Metall trat Franz-Josef erst 1981 ein – war aber schnell »mit Herz dabei«. »Von selber wäre ich nie auf die Idee gekommen«, erzählt er. »Doch unser Betriebsratsvorsitzender nahm mich einfach mit zu den Treffen bei der IG Metall, mit Handwerkern aus anderen Betrieben, die alle ähnliche Probleme hatten.«

Damals dabei: der Kfz-Mechaniker Ralf Kutzner, später Geschäftsführer der IG Metall Bonn-Rhein-Sieg und heute geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er sagt: »Franz-Jupp ist ein super Kollege, der immer zuverlässig war und viele Mitglieder für die IG Metall gewonnen hat, besonders bei den Azubis.«

Die Auszubildenden liegen Franz-Josef am Herzen. Bei der letzten Tarifverhandlung im Sommer rechnete er den Arbeitgebern vor, was Azubis zwar kosten, aber der Firma auch bringen. Deshalb organisierte er einen Stand auf der SHK-Fachmesse, wo sie viele Azubis ansprachen und für die IG Metall gewannen.

Franz-Josef rechnete den Arbeitgebern aber auch vor, wie wenig Rente ein SHK-Monteur nach 45, 50 Jahren Arbeit bekommt: rund 1400 Euro. Das reicht nicht, ohne zusätzliche Betriebsrente. Die hat Franz-Josef. In der Rente zu arbeiten, hätte er nicht nötig. Er macht es aus Spaß am Beruf und für die Firma. Aber dass er jetzt aufgrund des Fachkräftemangels noch mal ran muss, wundert ihn gar nicht. »Wir haben den Arbeitgebern schon vor 30 Jahren gesagt: Wenn ihr nicht mehr ausbildet, dann fällt Euch das irgendwann auf die Füße.«

Politik & Gesellschaft

Die Ukraine braucht alles, was sie mit Strom versorgt

UKRAINE

Weil die russische Armee die Energieinfrastruktur der Ukraine massiv angreift, leiden Kinder, Frauen und Männer wie nie zuvor. Im Kriegswinter bitten ukrainische Gewerkschaften den Westen um Hilfe. Beim Beschuss des Stahlwerks ArcelorMittal in Krywyj Rih stirbt ein Mensch. Die IG Metall organisiert Hilfe.

Von Martina Helmerich



Energie ist in der Ukraine Mangelware: Viele Menschen müssen sich sehr warm anziehen, denn ihre Wohnungen sind kalt oder zerstört. Wie bei dieser Frau, die im Keller mit einem provisorischen Herd kocht und heizt.

Foto: Sergei Ilnitzky/EPA/pa

Im Dezember schlugen auf dem Gelände des Stahlwerks von ArcelorMittal in Krywyj Rih mehrere Raketen ein. Der Stahlarbeiter Wjatscheslaw Kowaltschuk wurde getötet. Mehrere Beschäftigte wurden verletzt. Ein Arbeiter liegt mit Brandwunden im Krankenhaus. Die Wucht der Explosion zerstörte mehrere Gebäude. Von den Beschäftigten des Stahlwerks sind derzeit 2426 an der Front. »Schon 42 von unseren Leuten sind gefallen, zehn werden vermisst«, berichtet die Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft Natalya Marynyuk. Über den internationalen Dachverband IndustriALL Global und die IG Metall organisiert Natalya immer wieder Hilfe. Metallerinnen und Metaller vom Schwesterwerk ArcelorMittal in Bremen spendeten den ukrainischen Beschäftigten Schlafsäcke und Verbandskästen. Daniel Tech vom Betriebsrat in Bremen brachte die Hilfsgüter mit einem Metaller-Kollegen zur Grenze, wo sie die ukrainische Kollegin Jelena Pantjuch entgegennahm (Bericht in der metall 5/6 2022).

Die Lage ist ernst. Die Produktion im Stahlwerk in Krywyj Rih ist infolge Energienotstands stark gedrosselt. Immerhin konnte Gewerkschafterin Marynyuk dank der Spenden aus dem Westen rechtzeitig zehn Notstromaggregate für die Belegschaft kaufen. Diese Geräte sind in der Ukraine gerade lebenswichtig. Die Menschen in vielen Teilen des Landes haben weder Licht noch Wasser. Sie frieren in kalten Wohnungen. Schuld sind die russischen Angriffe auf Elektrizitäts- und Wärmekraftwerke. Raketeneinschläge haben die Hälfte des Stromnetzes der Ukraine beschädigt. Die Stromversorgung bricht immer wieder zusammen. Weil Pumpstationen ohne Strom nicht funktionieren, gibt es häufig auch kein Wasser. In Kiew sind zeitweise 80 Prozent der Haushalte ohne Wasser und Strom. Das lebensnotwendige Licht bei Operationen in Krankenhäusern müssen zeitweise Smartphones spenden.

Der Bürgermeister von Kiew, der ehemalige Boxweltmeister Vitalij Klitschko, spricht von einem dramatischen Winter. Es fehlen vor allem technische Geräte: Notstromaggregate, Stromspeichergeräte, Solarpanels, Powerbanks und wiederaufladbare Lampen. Alle diese Geräte würden dringend benötigt, berichten die ukrainischen Gewerkschaften in einem Hilfesuch an IndustriALL Global und die IG Metall.

1000 Winterschlafsäcke für die Ukraine

Der Aufruf erreichte auch den Gesamtbetriebsrat von Siemens Energy und dessen Vorsitzenden Robert Kensbock. Derzeit laufen dazu Gespräche mit dem Vorstand des Konzerns. Geprüft wird die Lieferung von Transformatoren und Generatoren in die Ukraine. »Die Bereitschaft, der Ukraine zu helfen, ist groß«, sagt der Metaller Kensbock. Wie schnell es geht, hängt jetzt von der Verfügbarkeit der Komponenten ab.

In Berlin arbeitet der Betriebsratsvorsitzende Mark Fischer von Native Instruments an einer Hilfslieferung von 1000 Winterschlafsäcken für die Ukraine. »Jeder Schlafsack kostet im Großeinkauf 30 Euro. Die Hälfte der Kosten haben wir zusammen. Eine erste Tranche ist bereits im Land angekommen«, sagt Betriebsrat Fischer. »Wir müssen uns beeilen. Es wird die Hölle, wenn es noch kälter wird.« Das Projekt wird vom Verein Gewerkschaften helfen mitfinanziert.

Unerschrocken im Einsatz

Jelena, Alexander und Wladimir arbeiten in Friedenszeiten im Stahlwerk in Krywyj Rih. Jetzt verteidigen sie ihr Land. Hier berichten sie von ihrem Alltag.



Weit weg von zu Hause: Viele Frauen und Männer sind schon mehrere Monate an der Front und träumen von der Heimkehr zu ihren Familien.

Foto: Sascha Kleymenko

Jelena Pantjuch, 49:

Ich arbeite eigentlich bei unserer Betriebsgewerkschaft im Stahlwerk. Im Mai habe ich mich freiwillig zum Dienst in der Armee gemeldet. Seitdem versorge ich 550 Soldaten mit Wäsche, Schuhen, Kleidung. Ohne einen einzigen freien Tag. Für die Transporte zu den Einheiten benutze ich mein eigenes Auto, einen Opel Vivaro. Die Fahrten sind aufgrund der Nähe zur Front gefährlich. Unsere Leute in den Stellungen müssen sich Strom über Generatoren und Powerbanks beschaffen. Meine Töchter leben in Karlsruhe und haben uns ein Notstromaggregat geschickt. Sie haben gesagt, dass die Geräte bei euch in Deutschland Mangelware sind wegen der Ukraine.

Alexander Smirnow, 47:

Heute Nacht waren es zehn Grad unter null. Wir schlafen in Schlafsäcken. Manchmal unter freiem Himmel, in ausgehobenen Schützengräben, manchmal in provisorischen Unterkünften. Unsere Einheit bleibt nie lange an einem Ort. Wir wechseln aus Sicherheitsgründen ständig die Position. Essen gibt es ausreichend. Wir haben genug Vorräte an Fleisch und Gemüse. Die Natur ist jetzt im Winter ein einziger Kühlschrank. Wir verpflegen uns selbst und kochen im Freien. Heute zum Beispiel gibt es Borschtsch.

Wladimir Skupejko, 45:

Ich bin Metallurg bei ArcelorMittal und arbeite am Hochofen. Ich habe mich am 2. März freiwillig gemeldet. Ich bin zweimal durch Granatsplitter verwundet worden und lag mehrere Wochen im Krankenhaus. Jetzt bin ich wieder zurück an der Front. Das Schwierigste für mich ist, dass die Familie weit weg ist. Ich habe drei Kinder im Alter von 19, 8 und 6 Jahren. Jeder von uns hier denkt darüber nach, wie es nach dem Krieg weitergeht und wie wir aufbauen, was im Krieg zerstört worden ist. Wichtig ist, dass dann die Stahlproduktion wieder läuft. Wir brauchen Arbeit, um unsere Familien zu ernähren. Wir hoffen auf ein normales Leben.

Spenden für die Ukraine

Internationale Solidarität ist jetzt besonders gefordert. Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften rufen zu Spenden auf, damit den vom Krieg Betroffenen geholfen werden kann.

Der Verein »Gewerkschaften helfen e.V.« hat dafür folgendes Spendenkonto

eingrichtet: Gewerkschaften helfen e.V. , Nord LB, IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90, BIC: NOLADE2HXXX, Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe.

Wer eine Spendenbescheinigung erhalten möchte, gibt bitte in der Überweisung seinen vollständigen Namen und seine Adresse an.

Der Winter kann kommen: scharfe Salsicce mit Paprika



Salsicce, die groben italienischen Bratwürste, gehören zu Italien wie Nudeln und Neapel.

Foto: Katrin Winner

Kult.V, der Arbeitskreis der IG Metall Reutlingen-Tübingen, gestaltet das Miteinander und Zusammenleben der hier heimischen und der dort lebenden beziehungsweise zugewanderten Menschen. Um für Toleranz und Akzeptanz zu werben, hat Kult.V ganz konkret für kulturelle Vielfalt gesorgt: Der Arbeitskreis hat ein internationales Kochbuch produziert und dafür Rezepte von Metallerinnen und Metallern aus der ganzen Welt gesammelt.

In der Ausgabe November/Dezember der metall haben wir bereits das Rezept für ein veganes tamilisches Curry veröffentlicht. Diesmal gibts Wurst: italienische Salsicce mit Paprika und Zwiebeln. Und so bereitet Ihr sie zu: Den Backofengrill auf 175 bis 230 Grad Celsius vorheizen. Knoblauch zerdrücken und mit Öl, Salz, Oregano und zerstoßenen Chiliflocken in einer mittelgroßen Schüssel verrühren. Die Paprika in breite Streifen schneiden und mit der in Ringe geschnittenen Zwiebel darunter heben und gut vermischen.

Marinierte Paprika und Zwiebel auf das Grillblech geben. Rund acht Minuten grillen, bis das Gemüse weich ist, dabei ein- bis zweimal wenden. Gemüse vom Blech nehmen.

Nun die Würstchen mehrmals mit der Gabel einstechen und im Backofen 20 bis 25 Minuten grillen (oder bei geschlossenem Grill im Freien), bis sie durchgebraten sind. Dabei gelegentlich wenden. Wer stärker gebräunte Würste mag, kann für die letzten drei bis fünf Minuten die Temperatur im Backofen erhöhen. Das Wenden der Würste nicht vergessen! Danach die Würste in Stücke schneiden. Paprika und Zwiebelringe auf dem Teller anrichten, die Würstchenstücke darauf verteilen und warm servieren. Wie auf dem Foto zu sehen ist, haben wir zum Gericht noch Blattsalat mit Rispentomaten sowie geröstetes Weißbrot und Kräutersalz serviert. Guten Appetit!

Zutaten für 2 bis 4 Personen

500 g rohe Salsicce (italienische Bratwürste)

2 EL Olivenöl

3 Knoblauchzehen

1 TL naturreines grobes Meersalz

1/2 TL Oregano

1/4 TL rote Chiliflocken

jeweils 1 rote, gelbe und orangefarbene Paprika

1 mittelgroße Zwiebel

Dein Rezept

Hier könnte Dein Lieblingsrezept zum Nachkochen für Metallerinnen und Metaller stehen. Mail uns Dein Rezept mit dem Stichwort »Rezept« an: metall@igmetall.de

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: igmetall.de/anmelden

Ratgeber Brückentage 2023

Zahlreiche Feiertage liegen 2023 richtig gut: Nur drei gesetzliche Feiertage fallen auf ein Wochenende. Hier erfährst Du, wie Du mit wenig Urlaub viele freie Tage bekommst: igmetall.de/brueckentage

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: igmetall.de/vor-ort

Hier wirst Du Mitglied

Hier kannst Du Mitglied werden: igmetall.de/beitreten

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. metall@igmetall.de

Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge?
Ich freue mich auf Deine E-Mail!
fabian.hilgendorf@datagraphis.de

Impressum

Herausgeber: Jörg Hofmann, Christiane Benner, Jürgen Kerner

Beauftragte der Herausgeber: Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift ,

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Martina Helmerich, Antonela Pelivan, Jacqueline Sternheimer

Bildredaktion: Michael Henzli

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung

metall gibt es als barrierefreies PDF: metall@igmetall.de

Layout und Gestaltung

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

Konzeption der Neugestaltung:

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Pallaswiesenstraße 109, 64293 Darmstadt
Telefon: 06151 8127-100, infol@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO₂-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.